

Ambulante Hilfe e.V. hilft Menschen in Armut und Wohnungsnot
Kreuznacher Str. 41a 70372 Stuttgart Tel. 0711/520 4545 0

Diakonie 

Ambulante Hilfe e.V. Arbeitsbericht Nr. 33



2013 Schwerpunktthema:
Regionale Fachberatungsstelle



www.ambulantehilfestuttgart.de

Herausgegeben vom MitarbeiterInnenteam der
Ambulanten Hilfe e.V.
November 2013

Kreuznacher Straße 41a
70372 Stuttgart
Tel: 0711/ 520 45 45-0
Fax: 0711/ 520 45 45-40
Mail: ambulante.hilfe@gmx.de
www.ambulantehilfestuttgart.de

Spendenkonto:
Landesbank Baden Württemberg
Kontonummer: 1155002
BLZ: 600 501 01

Ab Februar 2014:
IBAN: DE18 6005 0101 0001 1550 02
BIC/SWIFT: SOLADEST600

Gestaltung und Fotos: Manfred E. Neumann
Fotos S. 31-34: Christian Schüll
Fotos S. 43: Iris Schüle
Druck UWS Druck Stuttgart

Die Fotos sind beispielhaft und zeigen nicht
die im Text beschriebenen Personen!

Diakonie 

- 4 **Wer wir sind**
- 8 **Die Regionale Fachberatungsstelle Ost**
- 14 **Einblick in die Arbeit der Regionalen
Fachberatungsstelle**
- 22 **Fallbericht Herr A.**
- 24 **Straßensozialarbeit - Polizeigespräch**
- 28 **Das Team im Bild**
- 30 **PfandsammlerInnen in Stuttgart**
- 36 **Statistik**
- 41 **Fest ohne Kohle verschoben**
- 42 **Demonstration gegen Mietpreisexplosion**
- 44 **Erinnerung an unsere verstorbenen Klienten**
- 46 **Die Ambulante Hilfe e.V. in den Medien**

Wer wir sind

Wir sind ein gemeinnütziger Verein, der Menschen hilft, die obdachlos geworden sind, Angst um ihre Wohnung haben und sozial ausgegrenzt sind. Uns gibt es seit 1977. Wir sind Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Wir sind außerdem Mitgesellschafter bei der Neuen Arbeit gGmbH. Wir sind ein Team von 21 SozialarbeiterInnen (auf 15 Stellen), einem Betriebswirt und einem technischen Mitarbeiter, die für unsere Immobilien zuständig sind. 3,6 Verwaltungskräften sowie PraktikantInnen und zwei Bufdis.

Was wir tun

Wir beraten und betreuen in direktem Kontakt, von Mensch zu Mensch. Wir beraten kompetent, kostenlos und ohne lange Wartezeiten. Bei persönlichen Notlagen, bei sozialen Schwierigkeiten und Wohnungsverlust helfen wir schnell und unbürokratisch. Wir helfen beim Beantragen von Sozialleistungen, bei der Arbeitssuche, bei Problemen mit Schulden oder Gericht. Wir vermitteln kurzfristige Unterkünfte und langfristige Wohnmöglichkeiten. Wir begleiten die Hilfe Suchenden bei Bedarf zu Ämtern, zum Arzt, in seelischen Notlagen. Wir informieren über weitergehende Hilfsmöglichkeiten und Beratungsangebote.

Was wir wollen

Wir wollen Menschen helfen, die in wirtschaftliche und soziale Not geraten sind, ihre Lage zu verbessern. Wir legen Wert darauf mit den Hilfe Suchenden zusammenzuarbeiten, ihre eigenen Fähigkeiten und Entscheidungen zu fördern und dadurch ihre Selbsthilfekräfte zu stärken. Wir wollen durch ein breitgefächertes Hilfeangebot erreichen, dass die Betroffenen gesellschaftlich wieder Fuß fassen.

Wie wir arbeiten

Wir sind selbstverwaltet organisiert. Bei uns entscheidet das Team. Dadurch sind die Entscheidungswege kurz und der Verwaltungsaufwand gering. Wir arbeiten eng zusammen mit Kirchengemeinden und anderen sozialen Einrichtungen in Bad Cannstatt und in anderen Stadtteilen Stuttgarts. Wir wollen die lokale Sozialpolitik im Sinne unserer Klienten mitgestalten. Wir leisten eine Aufgabe nach den §§67ff SGB XII. Dafür erhalten wir von der Stadt Stuttgart einen pauschalen Festbetrag. Einen Eigenanteil von rund 100.000 Euro jährlich müssen wir aus Spenden und Bußgeldern aufbringen. Für unsere Arbeit brauchen wir deshalb auch in Zukunft mehr denn je die Unterstützung durch Spenderinnen und Spender.

Eine Spende an die Ambulante Hilfe e.V. ist Hilfe, die ankommt. Durch das Fehlen eines bürokratischen »Wasserkopfes« und vergleichsweise wenig Verwaltungsaufwand kommen Spendengelder direkt dort an, wo sie gebraucht werden: bei der Arbeit für Menschen in Armut und Wohnungsnot.

Wir schaffen Wohnraum

Seit 1987 bauen wir Sozialwohnungen. Mit den Fördermitteln des sozialen Wohnungsbaus haben wir insgesamt 143 Ein-, Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen in 14 Häusern erstellt. Damit schaffen wir Wohnraum für ca. 187 Männer, Frauen und Kinder. Außerdem haben wir zwei Ein-Zimmer-Appartements angemietet. Alle Wohnungen (bis auf vier in der Neckarstr. 113) sind mit unbefristeten Mietverträgen vermietet.

Wir bieten Wohnmöglichkeiten

Die »Tunnelstraße 18« in Feuerbach bietet als teilstationäre Einrichtung vorübergehende Wohnmöglichkeiten für 26 alleinstehende Männer. Die Ein-Zimmer-Appartements sind mit Kochnische ausgestattet und möbliert. Zwei Sozialarbeiter stehen Wochentags für Beratung und Betreuung zur Verfügung.

Wir beraten in der Regionalen Fachberatungsstelle

Die Regionale Fachberatungsstelle (RFB) ist eine von drei regionalen Fachberatungsstellen in Stuttgart. Hier beraten wir Männer ab 25 Jahren, die in Bad Cannstatt, Stuttgart Ost oder den Neckarvororten angemeldet sind. Außerdem beraten wir Männer ohne Meldung in Stuttgart, deren Nachname mit den Buchstaben R – Z beginnt. Zur Beseitigung aktueller Notlagen bieten wir unsere Hilfe kurzfristig an und versuchen dann längerfristig, gemeinsam mit den zu Beratenden ein passgenaues Hilfeangebot zu finden. Nicht zuletzt beraten wir auch zur Erhaltung bestehenden Wohnraums, wenn dieser in Gefahr ist. Die Beratung für die Hilfe Suchenden dauert teilweise nur ein paar Wochen, andererseits nehmen aber auch viele Menschen unsere Beratungs- und Hilfeangebote über Jahre in Anspruch.

Wir sind Trägerin der Zentralen Frauenberatung

In Kooperation mit dem Caritasverband für Stuttgart e.V. und der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e.V. bieten wir seit dem Jahr 2000 ein eigenes Beratungsangebot für Frauen in Armut und Wohnungsnot in der Hauptstätterstr. 87 an.

Hilfe suchende Frauen finden hier ein Beratungsangebot in einer geschützten Umgebung. Die Beratung findet hier ausschließlich durch weibliche Fachkräfte statt. Die Mitarbeiterinnen kennen frauenspezifische Lebenslagen und suchen gemeinsam mit den Hilfe suchenden Frauen nach Lösungen für ihre problematische Situation.

Wir bieten Betreutes Wohnen und Begleitetes Wohnen

Wir betreuen und beraten Frauen und Männer im Individualwohnraum und unterstützen sie beim Erhalt ihres Wohnraumes oder beim Einzug in eine neue Wohnung. Wir helfen bei der Organisation ihres Alltages, beim Umgang mit Behörden, bei Problemlösungen im persönlichen Bereich und in Krisensituationen. Dabei berücksichtigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Beratung die unterschiedlichen Lebenssituationen und

Interessen von Männern und Frauen. Sie wissen, dass sie unterschiedlich geprägt sind und deshalb in Notsituationen unterschiedliche Hilfeangebote benötigen.

Wir betreiben ein Sozialhotel

In besonderen Notfällen werden obdachlose Menschen vom Sozialamt in einfachen Pensionen/Hotels untergebracht. Das sind zum einen Menschen, die noch nicht zur »Obdachlosenszene« gehören, zum anderen sind es Menschen, die schon viele Einrichtungen durchlaufen und bislang nicht passend untergebracht werden konnten. Z.B. Menschen mit psychiatrischen Krankheitsbildern und/oder Suchtproblemen. Als Betreiber sorgen wir für menschenwürdige Wohnverhältnisse, die sich in der qualitativen Ausstattung der Zimmer, dem Einbau von Stockwerksküchen, dem professionellen Reinigungsdienst, Unterstützung durch Hausmeister etc., auszeichnen. Unsere Fachkraft vor Ort achtet u.a. auf die Anbindung an die zuständige Fachberatungsstelle. Dadurch sind die Bewohner nicht sich selbst überlassen. Einem Abrutschen in schwierigere soziale Verhältnisse kann so vorgebeugt werden.

Wir gehen auf die Straße

Menschen in Not werden dort aufgesucht, wo sie sich aufhalten. Seit 2005 machen wir ein Streetwork-Projekt in Bad-Cannstatt, bei dem Sozialpsychiatrie und Wohnungsnotfallhilfe zusammenarbeiten. Dieses interdisziplinäre Hilfsangebot ist bundesweit das erste seiner Art. Nach langjährigem politischem Kampf ist mittlerweile die Fortführung dieser wichtigen und effektiven Arbeit gesichert.

Wir bieten Raum für Treffs und Kontakte

Das Café 72 ist eine Tagesstätte für Menschen mit und ohne Wohnung. Ein großer, freundlicher Raum für Nichtraucher und ein kleines Raucherzimmer bieten die Möglichkeit zum Ausruhen, Aufwärmen, Unterhalten und Wohlfühlen. Im Vordergrund der Caféarbeit steht das Prinzip der »Hilfe zur Selbsthilfe«. So ermöglicht unsere breite Angebotspalette jeder/jedem BesucherIn, verschiedene zum Tagesablauf eines Menschen gehörende Bedürfnisse und Tätigkeiten zu befriedigen. Dabei ist es unser Grundsatz, dass die Besucherinnen und Besucher selbst mitgestalten können und somit auch für den Ablauf des Cafébetriebs mitverantwortlich sind.

Wir beraten im MedMobil

Immer wieder wird festgestellt, dass Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten nicht ausreichend medizinisch versorgt werden. Darum hat die Ambulante Hilfe zusammen mit Ärzten der Welt e.V. sowie der Landeshauptstadt Stuttgart und den anderen freien Trägern der Wohnungsnotfallhilfe das Projekt MedMobil geplant und aufgebaut. Finanziert wird es über eine Erbschaft an die Stadt Stuttgart. Befristet bis 2015 werden mit dem MedMobil, einem umgebauten Ambulanzbus, regelmäßig öffentliche Plätze und Einrichtungen angefahren, an denen sich Menschen in schwierigen Lebenssituationen aufhalten. Mediziner, Pflegekräfte und Sozialarbeiterinnen bieten medizinische Basisversorgung, präventive Aufklärung, psychosoziale Beratung sowie bei Bedarf Vermittlung in das soziale Hilfesystem oder das Gesundheitssystem an. Das Projekt wird von zwei Sozialarbeiterinnen begleitet und koordiniert, die medizinischen Aufgaben werden ausschließlich von ehrenamtlich tätigen Ärzt/innen und Pflegekräften übernommen. Ohne deren Engagement wäre dieses Angebot nicht möglich. Ein Ziel des Projektes ist, wohnungslosen und armen Menschen den Zugang in das bestehende Gesundheitssystem zu ermöglichen oder zu erleichtern.

»Wer hat's erfunden?« – wie alles begann

Bis in die 1970er Jahre hinein gab es auf die Problemlage »Wohnungslosigkeit« nur eine einzige Hilfeform als Antwort: die vollstationäre Unterbringung. Dies konnte in einer Übernachtungsstelle, einer Arbeiterkolonie oder einem Wohnheim sein. Menschen, die ihre Wohnung verloren hatten und bis zu diesem Zeitpunkt ihr Leben überwiegend selbstständig meisterten, fanden sich plötzlich in einer vollstationären Unterbringung mit Vollversorgung wieder. Bis zum Zeitpunkt des Wohnungsverlustes hatten sie ihren Haushalt selber geführt, selber eingekauft, selber geputzt, selber Wäsche gewaschen, selber ihr Konto geführt usw. Mit dem Eintritt in eine stationäre Einrichtung kamen diese Eigenaktivitäten automatisch zum Erliegen, da diese durch die Einrichtung übernommen wurde. Und wenn diese Alltagsfähigkeiten längere Zeit nicht mehr ausgeübt werden, verkümmern sie. Der Mensch wird unselbstständig und benötigt die Rundumversorgung dauerhaft. Mitte der 1970er Jahre begann sich diese Situation zu verändern: Aus dem Projekt »Armutsbekämpfung« der Europäischen Gemeinschaft entsteht die Ambulante Hilfe e.V. Die ersten »Mitarbeiter« sind Studenten der Fachhochschule für Sozialwesen Esslingen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

der Ambulanten Hilfe sind der Meinung, dass viele Menschen in Armut und Wohnungsnot keine Vollversorgung benötigen, sondern eine ambulante Beratung und Begleitung in den Teilbereichen, in denen sie tatsächlich Hilfe benötigen. Diese können je nach Person unterschiedlich gelagert sein: Hilfe bei der Wohnungssuche, bei der Arbeitssuche, bei Suchtproblemlagen, im Gesundheitsbereich etc. Die Hilfe soll eine maßgeschneiderte Antwort auf die jeweilige Problemlage sein. Die vorhandenen Selbsthilfekräfte sollen genutzt und unterstützt werden. Dies alles geschieht ambulant unter der Ausnutzung der für jeden Bürger vorhandenen Hilfsstrukturen wie Gesundheitswesen, Wohnungsamt, Arbeitsamt, Sozialamt, Beratungsstellen. Dieser Hilfeansatz soll einerseits den betroffenen Menschen gerechter werden und ist andererseits wesentlich kostengünstiger als eine vollstationäre Unterbringung. **Die Ambulante Hilfe e.V. in Stuttgart war die erste Einrichtung bundesweit, in der dieser Ansatz praktiziert wurde!**

Entwicklung bis heute

In der Anfangsphase musste die Beratungsstelle etabliert und mit der Stadt Stuttgart eine Finanzierung ausgehandelt werden. Schnell wurde das Modell bundesweit bekannt und fand fachliche Anerkennung sowie Nachahmung. Mittlerweile sind die

ambulanten Beratungsstellen für Menschen in Armut und Wohnungsnot bundesweiter Standard. Ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der Ambulanten Hilfe war das sogenannte **Barleistungsurteil**: Ein Klient unserer Beratungsstelle erstritt, dass Sozialhilfe auch für Menschen ohne Wohnung, als Geldleistung und nicht als Sachleistung (z.B. in Form einer Essensausgabe) geleistet werden muss. Dies entschied in letzter Instanz das Bundesverwaltungsgericht und hatte wiederum massive Auswirkungen und Veränderungen für die ganze Bundesrepublik zur Folge.

Die Erstberatung fand ursprünglich in der sogenannten Zentralen Beratungsstelle (ZBS) erst in der Hohe Straße dann in der Hauptstätterstraße statt. Diese erfolgte in Kooperation mit den KollegInnen von Caritas Stuttgart, Evangelischer Gesellschaft Stuttgart und der Sozialberatung. Die weiterführende (sog. erweiterte) Beratung fand in der Villastraße und später in der Kreuznacher Str. 41a in Bad Cannstatt statt. Im Jahr 1999 erfolgte die Umstrukturierung weg von der Zentralen Beratungsstelle hin zu den **Regionalen Fachberatungsstellen (RFB)**. Die Regionale Fachberatungsstelle der Ambulanten Hilfe e.V. ist seitdem für die Neckarvororte Mühlhausen, Münster, Bad Cannstatt, Stuttgart-Ost, Untertürkheim, Wangen, Hedelfingen, Obertürkheim zuständig. Außerdem

für Personen, die von außerhalb Stuttgarts kommen und deren Nachname mit den Buchstaben R bis Z beginnt.

Wer sind die Klienten?

Sehr unterschiedlich sind die Personen, die in der Fachberatungsstelle beraten werden. Im Unterschied zu den »Anfangszeiten« werden mehr Personen beraten, die in Wohnraum sind. Der Arbeitsschwerpunkt hat sich also deutlich in Richtung **Prävention** erweitert. Gemäß dem alten Ambulante Hilfe Motto **»Eine Wohnung ist nicht alles, aber ohne Wohnung ist alles nichts!«** versuchen wir diese wichtigste Ressource für jeden Betroffenen zu erhalten oder wiederzugewinnen. Die Personen, die gänzlich ohne Unterkunft sind, werden glücklicherweise wesentlich seltener, existieren jedoch immer noch und bedürfen ganz besonderer Zuwendung und Hilfe. Speziell auch durch aufsuchende Sozialarbeit. Im allgemeinen lässt sich sagen, dass es keinen speziellen Typ unter unseren Klienten gibt. Die Menschen kommen aus unterschiedlichen Schichten, mit unterschiedlichen beruflichen und persönlichen Hintergründen. Was sie verbindet ist die Art der Notlage, die meistens mit dem Thema Wohnungsnot zusammenhängt. Neben Personen, die sich selbst bei uns melden, werden Klienten auch durch verschiedene Ämter und Stellen an uns ver-

mittelt. Dies kann beispielsweise die Stelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit der Stadt Stuttgart sein. Auch Jobcenter, die bei ihren Kunden Probleme im Wohnraum feststellen, vermitteln diese an uns. Personen, die keine Postadresse haben, werden ebenfalls durch die Jobcenter zu uns geschickt. Sie können ihre Post über die Regionale Fachberatungsstelle bekommen und erhalten so überhaupt erst die Möglichkeit Anträge beim Jobcenter zu stellen. Auch von der Bahnhofsmision und anderen Beratungsstellen werden Klienten zu uns geschickt. Über unsere niedrigschwelligeren Angebote, Café 72, Straßensozialarbeit und MedMobil, werden die Klienten an die RFB vermittelt.

Struktur

In der Regionalen Fachberatung beraten wir Männer ab 25 Jahren, die in Bad Cannstatt, Stuttgart-Ost oder den Neckarvororten angemeldet sind. Außerdem beraten wir Männer ohne Meldung in Stuttgart, deren Nachname mit den Buchstaben R – Z beginnt. Eine zusätzliche Voraussetzung für die Beratung in der RFB ist die Zugehörigkeit zur Personengruppe nach § 67 SGB XII. Dies sind Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten vorhanden sind und sie zu deren Überwindung aus eigener Kraft nicht fähig sind. In der RFB arbeiten momentan 10

Personen, die sich 5 Stellen teilen. An vier Vormittagen pro Woche ist die Fachpräsenz: Von 8.30 bis 12.00 Uhr können sogenannte »Erstaufritte« zur Beratung kommen. Nach einer ersten Abklärung werden die Klienten dann zu weiteren Terminen eingeladen. Art und Umfang der Beratung, sowie die Häufigkeit und der Ort der Gespräche orientieren sich an dem individuellen Hilfebedarf. Wobei gesagt werden muß, daß sich durch die Intensität der Fälle und der Zahl der Klienten, die Möglichkeit von Besuchen vor Ort in den letzten Jahren stark eingeschränkt hat.

Grundsätze der Beratung

Prinzipiell ist die Beratung parteilich, im Sinne der Klienten. Wir vertreten die Interessen der Klienten anwaltschaftlich. Die Klienten wissen: wir sind auf ihrer Seite! Dies bezieht sich einerseits auf den persönlichen Bereich und andererseits auch auf die konkrete Durchsetzung rechtlicher Ansprüche beispielweise gegenüber einem Vermieter, dem Jobcenter oder einem Arbeitgeber. Bei Bedarf ziehen wir Rechtsanwälte hinzu oder begleiten Klienten vor Gericht. Häufiger jedoch sind wir bei der Formulierung von Widersprüchen gegenüber Ämtern behilflich. Der Inhalt der Beratung ist vertraulich und unterliegt der Schweigepflicht. Die Klienten wissen, dass wir in ihrem Sinn handeln und so

kann im Laufe der Beratung ein Vertrauensverhältnis entstehen, bei dem sich der Klient öffnen kann.

Was passiert in der Beratung? Welche Hilfen werden vermittelt?

Zu Beginn der Beratung geht es zunächst darum ein Vertrauensverhältnis herzustellen und die Lebenssituation möglichst genau zu erfassen. Beim allerersten Kontakt geht es darüber hinaus meistens um die grundlegende Versorgungslage: Wo wird der Klient heute Nacht schlafen?, hat

er Geld?, kann er sich mit Lebensmitteln versorgen?, wird medizinische Hilfe benötigt? Bei den folgenden Terminen wird versucht den Klienten an die grundlegenden Stränge der Versorgung anzuschließen: Versorgung mit Geld durch Jobcenter, Sozialamt oder Rente. Abklären der Arbeitsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter. Bei Bedarf Vermittlung an ambulante oder stationäre medizinische Hilfe. Eventuell erfolgt auch eine Weitervermittlung an andere Beratungsstellen wie zum Beispiel Suchtberatung oder auch Schuldnerberatung. Im Mittelpunkt stehen



meistens die Hilfen rund um das Thema Wohnen. Bei Menschen, die überhaupt kein Dach über dem Kopf haben, steht häufig zunächst die Vermittlung in die Notübernachtung oder ein Aufnahmehaus an. Danach muss geklärt werden wie es mit dem Thema Wohnen weitergeht. Hier stehen dann teilstationäre oder stationäre Einrichtungen und in besonderen Fällen eine Unterbringung im Sozialhotel zur Debatte. Die beste und dauerhafteste Lösung ist natürlich der Bezug von Individualwohnraum. Dieses ist jedoch in der Regel ein Ziel zu dessen Erreichen ein langer Atem und viel Geduld notwendig sind und stellt häufig die »Krönung« eines Beratungsverlaufes dar. Klienten, welche zu uns kommen und bereits Individualwohnraum bewohnen, müssen häufig bei der Erhaltung dieses Wohnraumes unterstützt werden. Dies bedeutet unter anderem die Abklärung ob Mietschulden bestehen und die Klärung, ob diese von den zuständigen Stellen übernommen werden können. In vielen Fällen wird in diesem Zusammenhang auch eine Geldverwaltung für den Klienten eingerichtet. Dies ist oftmals eine Bedingung der Ämter für die Übernahme von Mietschulden. Allgemein können jedoch sämtliche Lebensthemen, die den Klienten betreffen zum Thema der Beratungsarbeit werden. Oftmals bekommt die Sozialarbeiterin oder der Sozialarbeiter der Fachberatungsstelle

den Status einer Vertrauensperson für den Klienten. Dieses Beratungsverhältnis kann sich teilweise über einen langen Zeitraum erstrecken. Da viele Klienten lange Zeit keinen Kontakt zu ihrer Herkunftsfamilie und auch sonst wenige soziale Kontakte haben, wird die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter zu einer wichtigen Bezugsperson. Dies kann auch dazu führen, dass die Beratung über viele Jahre hinweg und oft auch bis zum Tod des Klienten (oder zum Ausscheiden des Sozialarbeiters) andauern kann.

Hier arbeiten Profis

Die Kolleginnen und Kollegen der RFB sind studierte Sozialarbeiterinnen/ Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen/ Sozialpädagoginnen. Ausgeprägte Kenntnisse in relevanten Rechtlichen- und Verwaltungsbereichen sind Voraussetzung um sinnvoll handeln zu können. Ebenso wichtig sind fundierte Fähigkeiten und Kenntnisse im Bereich Psychologie und Gesprächsführung. Da sich die Bedingungen im Lauf der Zeit ändern, nehmen wir regelmäßig an Fortbildungen teil.

Aktuelle Situation und Ausblick

Die Arbeitsbelastung in der Regionalen Fachberatungsstelle ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Erklären lässt sich dies einerseits mit

ständig steigenden Klientenzahlen. Dies können Sie der Statistik ab Seite 36 entnehmen. Andererseits sind die Fälle zunehmend schwieriger geworden. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen sind knapp geworden und die Rahmenbedingungen haben sich verändert. Die Möglichkeiten der Wohnraumerhaltung und hierbei vor allem die Mietschuldenübernahme durch die Kommune sind seit der Hartz IV Gesetzgebung eingeschränkt. Vor-

übergehend erhöhte Klientenzahlen ließen sich durch erhöhtes Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RFB zeitweise ausgleichen. Da dies jedoch mittlerweile ein Dauerzustand geworden ist, müssen hier die vorgesehenen Personalstellen an die tatsächlich vorhandenen Arbeitsanforderungen angeglichen werden. Wir sind diesbezüglich in Verhandlungen und hoffen auf baldige Abhilfe. Hier ist die Politik gefragt.





Unsere Kollegin Miriam Schiefelbein-Beck gibt einen sehr persönlichen Einblick in die vielschichtige Beratungstätigkeit an der Regionalen Fachberatungsstelle.

In Zeiten in denen die Unterbringungsangebote übervoll sind und der Zugriff ausgereizt ist, fällt die Arbeit zunehmend schwerer. Umso eindrücklicher sind die Erfolge in der Beratungsarbeit, von denen hier berichtet wird.

Herr H.

Herr H. kommt seit Jahren in Abständen zu uns in die Fachberatung. Ich kenne ihn seit den Anfangszeiten meiner Arbeit im Jahr 2000. Schon zu diesem Zeitpunkt lebt Herr H. seit Jahren in den verschiedensten Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe oder auf der Straße. Zwischendurch gibt es immer wieder Haftaufenthalte, bedingt durch alkoholinduzierte Diebstähle. Nach intensiven Beratungen im Team bieten wir ihm 2012 eine Sozialwohnung in unserem aktuellen Neubauprojekt an. Ich beantrage

Betreutes Wohnen um den Wohnraum zu sichern, die neue Situation zu regeln und Herrn H. zu stabilisieren. Wir einigen uns auf wöchentliche Termine in der Fachberatungsstelle und die darauf angepasste Auszahlung des ALG II. Das Arbeitslosengeld wird in bestimmten Fällen über eine Geldverwaltung bei der Ambulanten Hilfe, d.h. ein Personenkonto, ausbezahlt. Dies ist meist der Fall, wenn Klienten kein eigenes Konto haben oder mit der Einteilung über den Monat nicht zurechtkommen. In Abständen machen wir Hausbesuche. Es geht dabei hauptsächlich darum zu schauen, dass die Wohnung in angemessenem Zustand ist und die Wohnsubstanz erhalten bleibt. Zum Zeitpunkt des Einzugsstermins liegt Herr H. schwer verletzt im Krankenhaus. Zusammen mit meiner Kollegin und dem Bufdi gelingt es uns Einzug und Krankenhausentlassung gut abzustimmen und zu bewältigen. Wir sind mit Möblierung und bürokratischen Abwicklungen beschäftigt. Weitere Themen sind und waren die Anbindung im Stadtteil und an die Suchtberatung. Mit der polizeilichen Anmeldung flattert Gläubigerschreiben um Gläubigerschreiben ins Haus und ich bin beschäftigt mit der Regulierung. Dies ist vor allem wichtig wenn es um die Vermeidung von Haft geht, was teilweise die größte Herausforderung darstellt. Nach nun einem Jahr Betreutem Wohnen ist Herr H. in den

eigenen vier Wänden angekommen. Zur Stabilisierung und zum langfristigen Erhalt des Wohnraums wird er auf die Dauerhilfe»

Begleitetes Wohnen« (=Geldverwaltung, Unterstützung bei bürokratischen Angelegenheiten, Angebot einer stabilen Beratungsbeziehung, die die Möglichkeit gibt, bei allen anstehenden Problemen Beratung in Anspruch zu nehmen....) angewiesen sein. Ohne unsere Interventionen oder Hilfestellungen befindet sich Herr H. schnell in problematischen Situationen, die ihn überfordern. Schon mehrmals musste in der Hausgemeinschaft geschlichtet werden. Dies wird auch in Zukunft nicht ausbleiben. Für Herrn H. ist diese eigene unbefristete

Wohnung die Chance seines Lebens und er hat sie genutzt. Die Dauerhilfe stellt für ihn ein existentielles Angebot dar, das er gerne annimmt.

Herr I.

Herr I. kommt Mitte 2012 zu mir in die Fachberatungsstelle. Sein letztes Arbeitsverhältnis hat vor einigen Monaten geendet, sein Erspartes ist aufgebraucht, er ist mittellos. Da er keinen Anspruch auf ALG I entwickelt hat, beantrage ich mit ihm zusammen die Hilfe nach SGB 2, das ALG II, zur Existenzsicherung. Ein großer Kampf ist dabei die Frage der Mietzahlungen, denn Herr I. wurde zusammen mit dem Verlust der Arbeit seine Dienstwohnung gekündigt. Das zuständige Jobcenter ist deshalb zunächst nicht



bereit weiterhin Miete zu zahlen, lenkt nach unserer Intervention jedoch ein. Um diese Wohnung zu erhalten, versucht Herr I. alles in seiner Macht stehende. Er wird über den Mieterverein Stuttgart aktiv. Ich stelle den Kontakt zu unserem städtischen Kooperationspartner »Verhinderung von Wohnungslosigkeit« her. Zusammen können wir die Verschiebung der Räumungsfrist der Wohnung bis heute erreichen. Parallel dazu sucht Herr I. verzweifelt über alle ihm bekannten Foren nach einer Wohnung. Ich stelle

verschiedene Anträge bei der Stadt Stuttgart. Dies alles hat jedoch keinen Erfolg. Der Wohnungsmarkt in Stuttgart ist dicht und auch die städtischen Möglichkeiten sind erschöpft. Herr I. hat immer noch die Hoffnung eine Wohnung zu finden, in welche er seine Möbel mitnehmen kann. Diese Hoffnung ist wichtig, denn nach erfolgter Räumung der Wohnung könnte ich ihn lediglich mit einem unserer Plätze in einem Sozialhotel oder sogar nur einem Notübernachtungsplatz versorgen. Die Möbel würden zwar

zunächst bei einer Spedition eingelagert werden können, müssten dann aber zeitnah ausgelöst werden, da die Einlagerung kostenintensiv ist und max. für 6 Monate bezahlt wird. Für Herrn I. steht seine bisher bürgerliche Existenz auf dem Spiel. Er versucht den Erhalt der Wohnung vor Gericht einzuklagen, dies mit Rückendeckung eines Kooperationsanwalts des Mietervereins. Der folgende Prozess wird jedoch verloren, die Kosten in Höhe von 800,- Euro Herrn I. aufgebürdet. Die Situation wird immer krisenhafter für ihn. Trotz allem verliert er den Mut nicht, er sucht weiter. Über Bekannte, Aushänge in den verschiedenen Supermärkten, Zeitungen, Internet. Seine aktuelle Arbeitslosigkeit ist stets Grund einer schnellen Absage, wenn einmal ein Kontakt zu einem Vermieter entsteht. Vielleicht spielt auch sein Migrationshintergrund eine Rolle. Auch der Maklerschein, den er über das Jobcenter erhalten hat, wird von keinem Makler, den er kontaktiert, akzeptiert. – *(Ich hab mir mal die Zeit genommen, um Makler hinsichtlich der Akzeptanz des Maklerscheins abzutelefonieren. Das waren einige mehr als unangenehme Gespräche, meist über Sozialfälle und deren negatives Stigma. Aus meiner Sicht ist es nicht realistisch in Stuttgart über den Maklerschein Wohnraum zu finden. Liebe Makler, falls es Ausnahmen gibt oder jemanden der Ehrgeiz packt, Sie*



dürfen sich gerne bei uns melden). Durch Zufall erfahre ich von meinem Kollegen, dass einer seiner Klienten die eigene Mietwohnung krankheitsbedingt verlassen muss. Mein Kollege stellt für Herrn I. den Kontakt zum Vermieter her. Herr I. bekommt einen Vorstellungstermin und hat Glück. Der Coup gelingt. Herr I. wird Nachmieter vom Klienten meines Kollegen. Die Umzugskosten werden vom JC übernommen. Er kann sich mit der frei gewordenen Energie der Arbeitssuche widmen. Auch wenn der Erhalt dieser Wohnung in diesem Fall dem Zufall geschuldet sein mag, so waren die regelmäßigen Termine in der Fachberatung und die sozialarbeiterische Unterstützung auf verschiedensten Ebenen etwas, dass Herrn I. durch eine ganz krisenhafte Zeit seines Lebens getragen hat.

Herr B.

Herr B. kommt über die Fachpräsenz (täglich wechselnde Zuständigkeit bei Neufällen) zu mir. Sein Wunsch ist es





in einem Wohnheim untergebracht zu werden. Im Gesprächsverlauf stellt sich heraus, dass Herr B. im voraus-eilenden Gehorsam, aufgrund selbst produzierter Mietschulden (er sah sich gezwungen von seinem Geld private Schulden zu begleichen), den Schlüssel der Wohnung dem Vermieter zurückgegeben hat. Es liegt jedoch noch nicht einmal eine schriftliche Kündigung vor. Ich rate ihm zu folgenden Schritten: Schlüssel zurückholen (mit einem unterstützenden Schreiben meinerseits) und über die Stelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit zusammen mit mir, die Mietschuldenübernahme zu beantragen. In der

Regel erfolgt diese Mietschuldenübernahme auf Darlehensbasis. Das heißt, dass in den folgenden Jahren das Darlehen vom ALG II -Regelsatz (382,-Euro) in Raten von bis zu 30% abgezogen wird. Während der folgenden Beratung stellt sich heraus, dass Herr B. seit Jahren nicht die volle Miete vom JC übernommen bekommen hat. Die Lücke zwischen tatsächlicher und vom Amt übernommener Miete hat er aus seinem Regelsatz bezahlt (dies sind in 5 Jahren monatlich 90,- Euro gewesen!). Kein Wunder war das Geld knapp, zumal Herr B. sich bei seinen zwei minderjährigen Kindern, die bei der Mutter leben, finanziell über seine

Verhältnisse hinaus, eingebracht hat. Dass die volle Miete nach dem Umzug vor fünf Jahren vom Jobcenter nicht vollständig übernommen worden war, war sicherlich zunächst rechtens, Herr B. war ohne Umzugsgenehmigung in eine teurere Wohnung gezogen. Mittlerweile ist das jedoch aus Sicht der Fachberatung, zumindest moralisch, verjährt! Zusammen mit dem städtischen Kollegen von der Stelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit beantrage ich mit Herrn A. die Übernahme der Mietschulden. Aufgrund der eben beschriebenen Vorgeschichte bekommt Herr B. diese Übernahme, die sonst auf Darlehensbasis gewährt wird, als Beihilfe. Das heißt er muss sie dem Jobcenter nicht zurückbezahlen. Ab sofort wird die volle Miete anerkannt. Die Miete wird nun nach Absprache direkt vom Jobcenter auf das Konto des Vermieters überwiesen um sie auf diese Weise zu sichern. Damit verbunden ist die weitere Anbindung Herrn A's an die Beratungsstelle. Dies gilt der Stabilisierung der neuen Situation und soll Herrn A. die Möglichkeit bieten bei Schwierigkeiten weder den Kopf in den Sand zu stecken noch undurchdachte Entscheidungen zu treffen, sondern sich stattdessen entsprechende Hilfe, Rat und manchmal sicherlich auch Motivation zu holen.

Herr N.

Herr N. hat schon einige Maßnahmen

der Wohnungsnotfallhilfe hinter sich, seit es 2009 nach dem Bruch mit seiner Tochter und dem einhergehenden Verlust der gemeinsamen Wohnung für ihn zur persönlichen Krise kam. Nicht leichter machten es für ihn frühere sowie aktuelle Suchmittelabhängigkeiten. Herr N. kommt direkt nach dem Abbruch einer Nachsorgemaßnahme im benachbarten Landkreis zu mir. Zuvor hat er eine Langzeittherapie erfolgreich beendet. Er ist trocken (d.h. er trinkt seitdem keinen Alkohol mehr). Seinen Wohnplatz im Betreuten Wohnen, wo er sich vor der Therapie aufgehalten hatte, besteht nicht mehr, es gibt keinen Ort an den er offiziell zurück kann. (Diese Plätze müssen in der Regel mit Therapieantritt für den Nächsten frei gegeben werden, dies ist in Zeiten von überfüllten Maßnahmen wichtiger denn je). Obwohl ursprünglich Stuttgarter, ist Herr N. durch die Aufnahme der Nachsorgemaßnahme im Nachbarkreis (wenn auch nur für



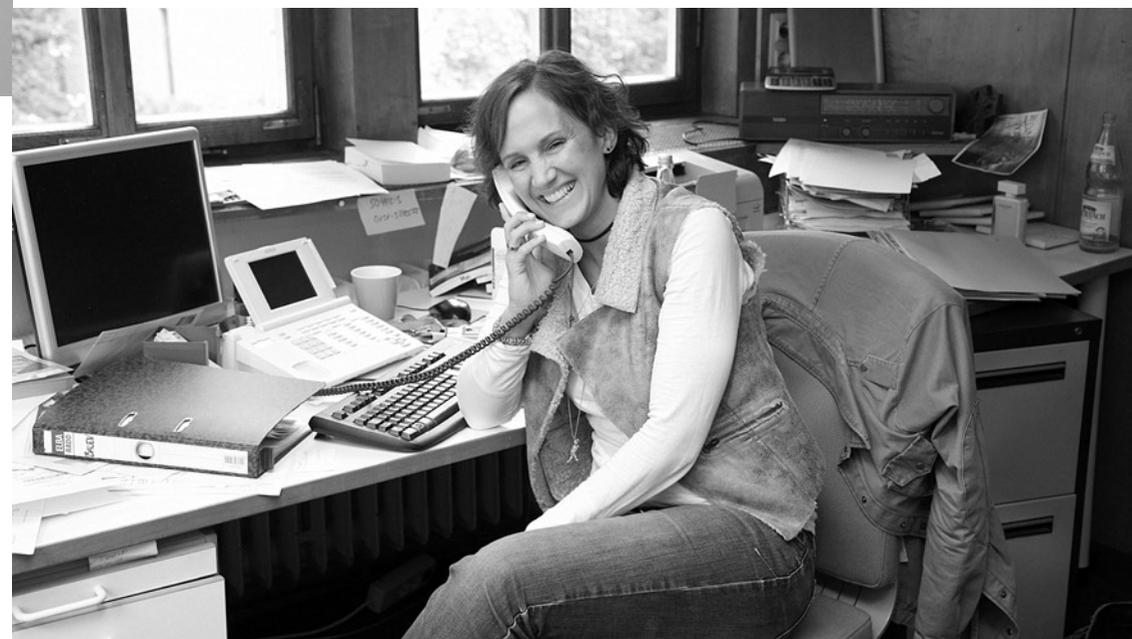


eine Woche) polizeilich angemeldet worden, somit ist Stuttgart als Hilfetragger offiziell nicht für ihn verantwortlich. In der Nachbarstadt will er jedoch nachvollziehbar nicht bleiben, denn alle sozialen Kontakte und auch seine persönlichen Sachen, sind in Stuttgart. Herr N. hält sich nach der gekündigten Maßnahme zunächst bei einer befreundeten Stuttgarter Familie, also tatsächlich in Stuttgart, auf. Ich unterstütze ihn bei den notwendigen Schritten zur ALG II -Antragsstel-

lung in Stuttgart und vor allem auch bei der Klärung des zuständigen Kostenträgers, was in unserer bürokratisierten sozialen Arbeitswelt eine eher mehr als weniger große Hürde für Hilfebezieher darstellt. Wir besorgen die Abmeldung aus dem bisherigen Ort der polizeilichen Meldung, einen Einstellungsbescheid des dortigen Jobcenters, die schriftliche Kündigung (als Nachweis, dass er nicht dorthin zurück kann) der Maßnahme und füllen alle notwendigen Unterlagen aus. Obwohl

Herr N. nach längerer Wartezeit einen Übergangswohnplatz im Hilfesystem angeboten bekommt, lehnt er diesen zunächst ab, um seine Alkoholabstinenz nicht zu gefährden. Über eine enge Anbindung an die Beratung versuche ich ihn in der aktuell unsicheren Lebenssituation, die Herrn N. an die Substanz geht, zu stützen und zu stabilisieren. Nach diversen Vorstellungsgesprächen in den verschiedenen Wohnheimen, finden wir die passende Einrichtung. Herr N. kann direkt von seinen Bekannten in das teilstationäre Wohnen nach § 67 einziehen. Dies ist eine Maßnahme mit ausreichendem Betreuungsanteil, während welcher er neue Perspektiven und Ziele für sich entwickeln und an ihnen arbeiten kann. Um eine solche Maßnahme

gewährt zu bekommen, bedarf es eines fundiert begründeten Antrages und eines Hilfeplangespraches, bei dem alle Beteiligten an einen Tisch sitzen um über diesen zu befinden. Die Beratungsbeziehung und meine Vermittlungsfunktion enden mit der Fallabgabe an die entsprechende Einrichtung. Meine guten Wünsche und Gedanken begleiten meinen Klienten nach all den intensiven Beratungsstunden noch eine ganze Weile über dieses »Ende« hinaus. Manches mal gibt es nach einiger Zeit im Gespräch mit den dann zuständigen KollegInnen eine Rückmeldung, so auch hier. Herr N. ist immer noch abstinent und hat mit Hilfe des Jobcenters eine Ausbildung begonnen.



Es war im Oktober 2010. In die Fachberatungsstelle kam ein 26-jähriger junger Mann. Das Erstgespräch ergab, das Hr. A. vom seiner Persönlichen Ansprechpartnerin (PAP) vom Jobcenter (JC) geschickt worden sei, da er Mietschulden habe, die Wohnung kurz vor der Kündigung stehe und der Strom abgestellt sei. Das JC wolle ihn auch wegen fehlender Mitwirkungspflicht kürzen, außer er akzeptiere endlich die Unterstützung einer Beratungsstelle. Herr A. saß eingefallen da und blickte in's Leere. Die Formalitäten wurden beiseite gelegt und es wurde versucht ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Herr A. gestand, dass es für ihn ein Eingeständnis persönlichen Versagens sei, Hilfe durch eine Beratungsstelle annehmen zu müssen. Nachdem Herr A. erst selbst Fragen stellen konnte, gelang es ihm von seinem Aufenthalt im Bürgerhospital und seiner Suchtproblematik zu erzählen. Schon davor sei ihm das Leben aus den Händen gegliedert, als er seinen 9 Jahre lang ausgeübten Job bei der Post verlor. Sein bester Kumpel starb bei einem Verkehrsunfall. Dann, nach der Entgiftung war alles weiterhin trostlos. Seine Familie jedoch erwartete wieder einen funktionierenden Sohn. Die Nachsorgeangebote, so dachte er, brauche er dennoch nicht. Dem Jobcenter wurde mitgeteilt, dass Herr A. den ersten Kontakt wahrgenommen habe. Die Kürzung

des JC wurde somit ausgesetzt. Zum nächsten Termin brachte Herr A. die Post der EnBW mit. Der tatsächliche Rückstand konnte geklärt werden und das JC erklärte sich bereit die Schulden zu übernehmen. Diese wurden in monatlichen Raten von dem ALG II Satz abgezogen. Die Miete wurde nun auch nicht mehr auf das überschuldete Konto von Herr A. überwiesen, sondern ging vom JC gleich an den Vermieter. Herr A wurde über den Nutzen einer Geldverwaltung durch die Beratungsstelle aufgeklärt, was er sich bis zum nächsten Termin überlegen sollte. Ziel: die monatlichen Fixkosten wie Mietnebenkosten werden zuverlässig überwiesen und die Einteilung des Bargeldes kann unterstützt werden. Herr A. kam unausgeschlafen und weiterhin ungepflegt zum nächsten Termin. Ja, die Geldverwaltung würde er, aber nur kurzfristig, annehmen wollen. Ob er keine Waschmaschine und Dusche habe? Herr A. antwortete ausweichend. Mittlerweile hatte der Vermieter schon den Kontakt zur Beratungsstelle genutzt und von der Geruchsbelästigung die von Herrn A's Wohnung ausgehe, berichtet. Ob man da nicht auch was tun könne? Zur letzten Wasseruhrablesung hätte Herr A. den Vermieter nicht in die Wohnung gelassen. Im Beisein von Herrn A. wurde Kontakt zu dem Vermieter aufgenommen. Trotz der bezahlten Mietschulden war der Vermieter nicht

gut auf Herrn A. zu sprechen. Der Wasserzähler müsse abgelesen werden. Herr A ist es lieber, die Sozialarbeiterin in seine Wohnung zu lassen. Ein Hausbesuchstermin wird vereinbart. Es brauchte noch 3 weitere Termine bevor tatsächlich ein Hausbesuch stattfinden konnte. Die Wohnung war in einem derart vermüllten Zustand, dass der Zugang zum Bett und Dusche nicht mehr möglich war. Bei Herrn A. liegen insgesamt viele Problembeispiele vor, die dringenden Unterstützungsbedarf haben. Deswegen sollte dringend Betreutes Wohnen nach §§ 67ff, SGB XII beantragt werden. Der Zugang zu dieser Hilfe erfolgte über ein Hilfeplangespräch bei dem Herr A., seine Sozialarbeiterin, die Mitarbeiterin der zuständigen Sozialhilfe-

dienststelle und dem persönlichen Ansprechpartner des Jobcenters anwesend waren. Herr A. bekam 2 Jahre lang intensive Unterstützung durch das Betreute Wohnen. Die Wohnung wurde entmüllt und auf eine wöchentliche Reinigung geachtet. Die Zeit der Verschuldung war vorbei, alle Gläubiger wurden angeschrieben. Herr A. ist derzeit noch in der »Wohilverhaltensphase« der Privatinsolvenz. Er ist jetzt trockener Alkoholiker und nützt noch die monatlichen Treffen der Diakonie. Durch eine Wiedereingliederungsphase bei einem Arbeitshilfeträger wurde Herr A. wieder an den Arbeitsalltag herangeführt. Seit sieben Monaten arbeitet er wieder. Letzten Monat bekam er einen Festvertrag.



Im öffentlichen Raum treffen verschiedene Interessen aufeinander: wirtschaftliche, ordnungspolitische, städteplanerische, Interessen bzgl. der Erholung und Freizeitgestaltung, sowie schließlich auch moralische und ästhetische. Diese lassen sich jeweils bestimmten Gruppen zuordnen, welche sich dabei auf ihr Recht berufen, den öffentlichen Raum in Anspruch zu nehmen, schließlich steht dieser allen BürgerInnen zur Verfügung. Meist lassen sich die verschiedenen Ansprüche aufeinander abstimmen; dann trifft z.B. das wirtschaftliche Interesse der Café Betreiberin auf den Wunsch eines Bürgers nach erholsamer, genussvoller Freizeitgestaltung. Was ist allerdings mit Menschen, die den öffentlichen Raum länger als nur auf einen Kaffee nutzen möchten – und dazu auch noch über begrenzte finanzielle Mittel verfügen? Was ist mit den Menschen, die darauf angewiesen sind ihren Alltag überwiegend im öffentlichen Raum zu organisieren, um ihren grundlegenden Bedürfnissen – z.B. nach sozialen Kontakten, nach Austausch und Information über das aktuelle Geschehen, nach Unterstützung in einer schwierigen Lage – nachzukommen? Hierbei sind neben Menschen in Wohnungsnot auch RentnerInnen in finanziell prekärer Situation gemeint, sowie Suchterkrankte, prekär Beschäftigte, usf. Sie sind darauf angewiesen vor

dem eben erwähnten fiktiven Café zu sitzen. Das gänzliche Fehlen von Privatheit, das Eindringen der intimsten Momente – Momente die i.d.R. hinter verschlossenen Türen stattfinden; Momente der Schwäche, Unkontrolliertheit, die jeder von uns kennt – in das öffentliche Bild, schockieren, werden als Zumutung, als unästhetisch, als geschäftsschädigend und als negativ für das Stadtbild empfunden. Der störende Anblick, das auffällige Auftreten, das Verhalten der Menschen in prekären Lebenslagen wird problematisiert. Leider fehlt dabei manchmal der Blick auf die problematischen Verhältnisse, welche die Situation erst möglich machen. So wird eine genuin sozialpolitische Frage zu einer ordnungspolitischen etikettiert und zur Aufgabe der Polizei gemacht.

Speziell im öffentlichen Raum sind mit dieser Aufgabe meist mehrere Reviere betraut. An Bahnhöfen ist für gewöhnlich das dem Stadtteil zugeordnete Polizeirevier für den Bahnhofsvorplatz zuständig, hin und wieder auch für Vorfälle im Bahnhof. Das Ordnungsamt des jeweiligen Stadtteils ist ebenfalls in der Verantwortung das Geschehen um den Bahnhof im Blick zu behalten. Auf dem Bahnhofsgelände ist die Bundespolizei zuständig, neben dem Sicherheitsunternehmen der Deutschen Bahn, welches sich ebenfalls für das Gelände zuständig

zeigt. Die Kriminalpolizei, als keinem bestimmten Ort zugeteilte Institution, agiert ebenfalls auf und um das Bahnhofsgelände. Die Auflistung der vielen Zuständigen legt nahe, dass ein Kontakt unvermeidbar ist, wenn man sich für längere Zeit vor, in und um Bahnhöfen aufhalten will, oder muss. Die Erfahrungen aus der Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt bestätigen ebendiese Vermutung. Die Annahme liegt nahe, dass bei Routinekontrollen wohnungslose Menschen öfter kontrolliert werden. Die Polizei wird auch von Gewerbetreibenden in und um den Bahnhof gerufen, um begangene Straftaten zu melden, allerdings auch um – befürchtete, mögliche – Straftaten zu verhindern. Die Furcht, wohnungslose Menschen könnten durch ihr Auftreten geschäftsschädigend wirken, scheint groß. Mehrere Personenkontrollen in kurzer Zeit gehören zum Lebensalltag auf der Straße. Die in Kauf genommene Vertreibung aus dem öffentlichen Raum und die Stigmatisierung in der Öffentlichkeit ebenso. Die Dringlichkeit, dieser Tatsache mit sozialarbeiterischen Mitteln zu begegnen, drängte sich im Winter 2012, als sich die Personenkontrollen am Bahnhof Bad Cannstatt häuften. Wohnungslose Menschen die versuchten der Kälte zu entfliehen, mussten sich regelmäßigen Personenkontrollen – teilweise drei Mal innerhalb von zwei Stunden – stellen.

Die Verzweiflung und Angst wuchs, die drohende Vertreibung und die Sorge darum keinen warmen Platz zu finden, der Schutz vor dem Erfrieren bot, spitzten die Positionen zusätzlich zu. Das Team der Straßensozialarbeit stand vor der Frage wie der Situation zu begegnen sei. Auf der einen Seite stand die Aufgabe der verschiedenen Polizeireviere für Sicherheit zu sorgen und Straftaten nachzugehen. Auf der anderen Seite das Recht der wohnungslosen Menschen als BürgerInnen, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten. Die zunehmend vertreibende Wirkung der Personenkontrollen mit



einseitigem Blick auf die Interessen der Gewerbetreibenden, stellte dieses Recht in Frage. Wie aber so einer Situation begegnen? Der gemeinwesenorientierte Blick der Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt legt nahe möglichst alle Beteiligten zu hören und einzubeziehen. In den Gesprächen wurde schnell klar, dass alle an einem guten und möglichst harmonischen Miteinander interessiert und bereit sind die Positionen und Bedürfnisse der Gegenseite zu hören, diese aber meist nicht kennen. Die Aufgabe der Sozialarbeit wurde immer deutlicher: Es muss darum gehen die verschiedenen Parteien an einen Tisch zu bringen, um miteinander und nicht mehr übereinander zu sprechen. Die guten Erfahrungen mit dem Runden Tisch in Bad Cannstatt (siehe Arbeitsbericht 32 der Ambulanten Hilfe e.V.) und die vertrau-

ensvolle Kooperation mit dem Polizeirevier Bad Cannstatt machten zudem deutlich, dass sich diese Gesprächsform auch in diesem Fall anbieten würde. So wurde das Polizeigespräch zu einem neuen Angebot der Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt. Neben dem Team der Straßensozialarbeit als Moderation, deren AdressatInnen – wohnungslosen Menschen, finanziell schwachen RentnerInnen, jedoch auch erwerbstätigen Menschen, die ihren Feierabend am Bahnhofsvorplatz verbringen – sind das Polizeirevier Bad Cannstatt, die Bundespolizei und der Verantwortliche für Sicherheit der Deutschen Bahn beteiligt. Das erste Gespräch fand am 10.04.2013 statt. Neben den Personenkontrollen am Bahnhof gab es viel zu besprechen. Die steigende Anzahl an Menschen, die auf das Sammeln von

Pfandflaschen angewiesen sind und die Konflikte, die dabei entstehen. Die Konflikte um den Bahnhofsvorplatz und wie diese möglichst ausgetragen werden können, schließlich auch der Umgang zwischen Polizei und BürgerInnen. In einer sehr konstruktiven Atmosphäre, die den Beteiligten Raum für Emotionen, Ärger und Sorgen ließ, endete das Polizeigespräch. Die Beteiligten äußerten den Wunsch diese Gesprächsform beizubehalten und regelmäßig zu wiederholen. Die Erfahrungen im Nachhinein bestätigen diese Einschätzung. Die Polizei, wie auch die Menschen am Bahnhof äußerten sich sehr positiv über die Verbesserung des Umgangs untereinander. Der Ärger bei Personenkontrollen sei spürbar zurückgegangen und alle haben einen besseren Zugang zueinander. Sicher stellt dies nur einen vorläufigen Teilerfolg dar, auf den auch erneute Rückschläge auf beiden Seiten folgen können. Ein Schritt jedoch, der es beiden Seiten ermöglichen kann ihre formalisierten Rechte als BürgerInnen auch mit Leben und Begegnung zu füllen, ist getan. Hierin wird deutlich, wie gemeinwesenorientierte Sozialarbeit aussehen kann. Sie kann als der Versuch verstanden werden zwischen verschiedenen Akteuren im öffentlichen Raum zu vermitteln, sie miteinander ins Gespräch zu bringen und die Anliegen, Wünsche, Ängste, Sorgen und Bedürfnisse zu thema-

tisieren. Sie zielt keineswegs darauf gesellschaftliche Widersprüche zu glätten und sozial zu befrieden. Ihre Aufgabe bleibt es anwaltschaftlich auf der Seite derer zu stehen, die über keine Lobby oder andere Mittel verfügen um ihre Bedürfnisse in der Öffentlichkeit zu thematisieren und diese, gemeinsam mit ihnen, gegenüber anderen gesellschaftlichen Akteuren stark zu machen. All das mit dem Ziel, die Menschen dabei zu unterstützen ihr Gemeinwesen selbstständig in Solidarität und ohne Bevormundung zu gestalten und Verantwortung für gelingenderes Miteinander zu übernehmen.





Maja Davis

<p>Angelika Brautmeier</p>	<p>Friedemann Frasch</p>	<p>Andreas Plank</p>	<p>Iris Schüle</p>	<p>Christian Schüll</p>	<p>Henning Uber</p>	<p>Stefanie Uphoff</p>	<p>Daniela Schick</p>
<p>Andrea Günther</p>	<p>Silke Lang-Schiefer</p>	<p>Diana Neugebauer</p>	<p>Maria Hassemer-Kraus</p>	<p>Axel Englmann</p>	<p>Birgit Ehret-Bresing</p>	<p>Manfred E. Neumann</p>	<p>Manuel Borrego Beltran</p>
<p>Martina Diers</p>	<p>Iris Brünig</p>	<p>Nicole Wirth</p>	<p>Athanasios Tsirikiotis</p>	<p>Christoph Lakner</p>	<p>Miriam Pospiech</p>	<p>Sabine Richert</p>	<p>Iris Scherrenbacher</p>
<p>Miriam Schiefelbein-Beck</p>	<p>Michael Knecht</p>	<p>Markus Tröster</p>	<p>Chris Frey</p>	<p>Peter Schumacher</p>	<p>Angelika Frank</p>	<p>Marga Luikart</p>	<p>Manuela Hausmann</p>

Herr S.: »[...] Aber ich mach alles, ich nehm auch die 8er-Flaschen, auch die 15er-Flaschen. Kleinvieh macht auch Mist! [...]«

In Verbindung mit dem Phänomen von PfandsammlerInnen hört man Bewertungen und gängige Meinungen wie »der frühe Vogel fängt den Wurm«, »das Geld liegt auf der Straße« und »die tun ja was und liegen nicht auf der faulen Haut«. Vermehrt wird den SammlerInnen zu Gute gehalten, dass sie den öffentlichen Raum sauber halten und somit eine »wichtige Arbeit für die Gemeinschaft« leisten. Die Flexibilität der SammlerInnen, sich an schlechte wirtschaftliche Verhältnisse anzupassen, wird besonders betont. Unabhängig von ihrem Ausbildungsberuf, ihren individuellen Fähigkeiten, Talenten und Begabungen suchen sie sich – flexibel und aktiv – eine Tätigkeit; und wenn es das Sammeln von Leergut ist. Ist damit nicht „vom Millionär zum Tellerwäscher“ gemeint? Steckt darin nicht eine Abkehr des Glücksversprechens einer westlichen Gesellschaft? Wie hängt die Zunahme an Menschen, die sich mit dem Sammeln von Pfand über Wasser halten, mit der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung zusammen?

Im Januar 2003 wurde das Einwegpfand auf Dosen und Flaschen durch die damalige rot-grüne Bundesregierung eingeführt. Zentral hierfür

waren ökologische Überlegungen. Zehn Jahre später sind Menschen, die Pfand sammeln, aus den Stadtbildern nicht mehr wegzudenken. Auch in der Öffentlichkeit stehen schon lange nicht mehr die ökologischen Aspekte im Vordergrund. Die Wirtschaftlichkeit und die Entlastung der Sozialkassen, sowie die Bereitschaft der SammlerInnen zur Anpassung bis aufs Äußerste, dominieren die öffentliche Debatte um das Pfand. Im aktuellen Wahlkampf wurde von mehreren Parteien gefordert das Pfand auf 50 Cent zu erhöhen, denn das Sammeln müsse sich lohnen.

Herr S.: »[...] Naja, man muss ja von irgendwas leben. Ich habe ein halbes Jahr kein Gehalt bekommen vom Jobcenter. Da muss man ja irgendwie leben.[...]«

Herr H.: »Sind fünfundzwanzig Cent! Wenn du vier hasch: ischn Euro, kannsch du dir schon n'Essen kaufen. Deswegen machen des so viel, ja. Es gibt ja auch zwei Gruppierungen. Warum macht man das? Logisch um n paar Mark zu verdienen oder Euros zu verdienen. Und manche brauchen des.[...]«

Darin werden zwei Ebenen sichtbar: die individuelle und die gesellschaftliche Ebene. So lässt sich fragen wer auf das Sammeln angewiesen ist, es





aus welchen Gründen zum Sammeln kommt und welches Ziel mit dieser Tätigkeit verfolgt wird. Auf gesellschaftlicher Ebene kristallisiert sich die Frage heraus, welche Gruppen auf das Sammeln angewiesen sind und welche Verhältnisse sie dazu bewegen? Unsere Erfahrungen im Bereich der Straßensozialarbeit und an der Fachberatungsstelle zeigen auf, dass es sich überwiegend um Menschen handelt, die auf Sozialleistungen angewiesen sind: BezieherInnen von ALG II, RentnerInnen, SozialhilfeempfängerInnen, Menschen ohne Bezüge und Einkommen und zunehmend Menschen, die aus wirtschaftlichen und politischen Gründen ihre Heimat verlassen mussten. Ein ALG II Bezieher erzählte uns von seinen Erfahrungen.

Herr H.: »Hab ja mein normales Geld so gehabt. 1 Euro 50 Job am Fünfzehnten gekriegt. Am Zwanzigsten gab's Kindergeld. Braucht ich eigentlich nie so. Geld hat ich immer. Aber jetzt isch ja die Tochter einundzwanzig, wohnt im betreuten Wohnen [...] Selber allein kriegsch Kindergeld net, ja. Der 1,50 Euro Job isch ja auch blöd da den gibsch ab, also hasch nur noch ein Geld. Also musch gucken das irgendetwas dazukommt und des mach ich dann mit der Summe im Monat locker dann durch's Flaschensammeln.«

So scheint das Sammeln von Leergut

von verschiedenen Motivationsgründen angestoßen: Die Betroffenen haben keine Ansprüche auf Sozialleistungen, oder die Sozialleistungen reichen nicht aus und sie sammeln aufstockend, der Verwaltungsapparat ist überfordernd und unübersichtlich, die eigenen Rechte und Ansprüche sind den Betroffenen oft nicht bewusst und die Hürden zur Beantragung von Sozialleistungen sind zu hochschwierig angelegt. Schließlich ist die soziale Scham, staatliche Hilfe zu beantragen manchmal höher als beim Pfandsammeln gesehen zu werden. Viele SammlerInnen sind nur Nachts unterwegs, gerade um der Scham etwas zu entgehen.

Herr S.: »[...] und darum konnt ich mir das erlauben, einen neuen Kühlschrank, eine neue Waschmaschine und einen neuen E-Herd. [...]«

Herr H.: »[...] Dann gibt's Andere, die machen des nur so lang bis sie fünf Euro habet. Für'n Päckchen Tabak und dann hören die auf. [...]«

Das Sammeln von Pfand wird oft eingesetzt, um eine Mangelsituation zu bewältigen, die erst dadurch zustande kam, dass man als Angehöriger einer bestimmten Gruppe nicht oder nicht ausreichend an öffentliche Unterstützung gelangen konnte. Größere Anschaffungen, z.B. Küchengeräte,

jedoch auch die Überbrückung von Phasen der Mittellosigkeit werden durch das Sammeln von Pfand finanziert. Die zunehmende Prekarisierung von Löhnen und Arbeitsverhältnissen bewegt viele Menschen dazu sich

gar nicht erst um eine Erwerbsarbeit zu bewerben, sondern das Sammeln von Pfand als »vorläufige Lösung« vorzuziehen. Die Stigmatisierung verschiedener Gruppen – z.B. ältere Menschen, Wohnungslose, MigrantInnen,

Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose – und die geringe Bezahlung im Niedriglohnbereich oder in Arbeitsmaßnahmen, tun ihr übriges. Der Arbeitsplatz von PfandsammlerInnen ist der öffentliche Raum. Hochfrequentierte Plätze und Orte, die mitunter auch der Erholung und Bespaßung dienen, sind die Räume in denen das Pfandsammeln überwiegend stattfindet. Die Mercedes-Benz Arena, der Cannstatter Wasen, Großveranstaltungen (Feste, Konzerte, Märkte), der öffentliche Nahverkehr U-, S-Bahnen und Regionalzüge sowie Bahnstationen und Bahnhöfe – zu jeder Jahreszeit und bei jedem Wetter. Zu den Witterungsverhältnissen kommt die stetig steigende Konkurrenz hinzu. Wie beschrieben, wächst mit zunehmender Armut die Anzahl der Menschen, die auf Pfandsammeln als Tätigkeit zurückgreifen, um ihren Alltag zu bewältigen. Was eigentlich mit ökologischem Grundgedanken begann, erweist sich zehn Jahre später als Rahmen, der es gesellschaftlich schlechter gestellten Gruppen aufbürdet, die Funktion der Putzleute von Großveranstaltungen und öffentlichem Raum zu übernehmen. Sowohl beim Frühlingfest auf dem Cannstatter Wasen bei erträglichen Temperaturen, wie auch bei Minusgraden kurz vor der Winterpause an der Mercedes-Benz Arena. Geld fällt nicht vom Himmel und

sozialstaatliche Maßnahmen müssen finanziert werden. Ebenso fällt jedoch auch die Armut nicht vom Himmel. Im Gegenteil, gesellschaftliche Verhältnisse, welche Menschen dazu bringen sich mit dem Sammeln von Leergut einigermaßen über Wasser zu halten, sind gesellschaftlich gemacht, geduldet und demnach scheinbar auch gewollt. Hieran schließt sich nun die Frage an, ob wir in einer solchen Gesellschaft leben wollen. Wird PfandsammlerInnen oft positiv angerechnet, dass sie eine wichtige Aufgabe für die Gemeinschaft übernehmen; das Sauberhalten von öffentlichen Räumen. Darf auf der Gegenseite nicht unerwähnt bleiben, dass es eben diejenigen sind, die die Gemeinschaft ausgeschlossen hat, sie für den Arbeitsmarkt als nicht einsetzbar deklariert und ihre einmal erworbenen Fähigkeiten als nicht mehr aktuell eingestuft hat. Gleichzeitig werden diese Ausgeschlossenen wieder integriert, ihr Anblick geduldet, wenn sie bereit sind sich aufs Äußerste flexibel zu zeigen und den Müll wegzuräumen, den der Freizeitkonsum als milde Gabe für sie übrig lässt. Eine Gabe, die sich um ihrer Mildtätigkeit selbst betrügt indem sie diese an eine Forderung knüpft; sich anzupassen und für die 25 Cents den Weg zum Automaten auf sich zu nehmen. Nichts ist umsonst, auch nicht Wohltätigkeit.

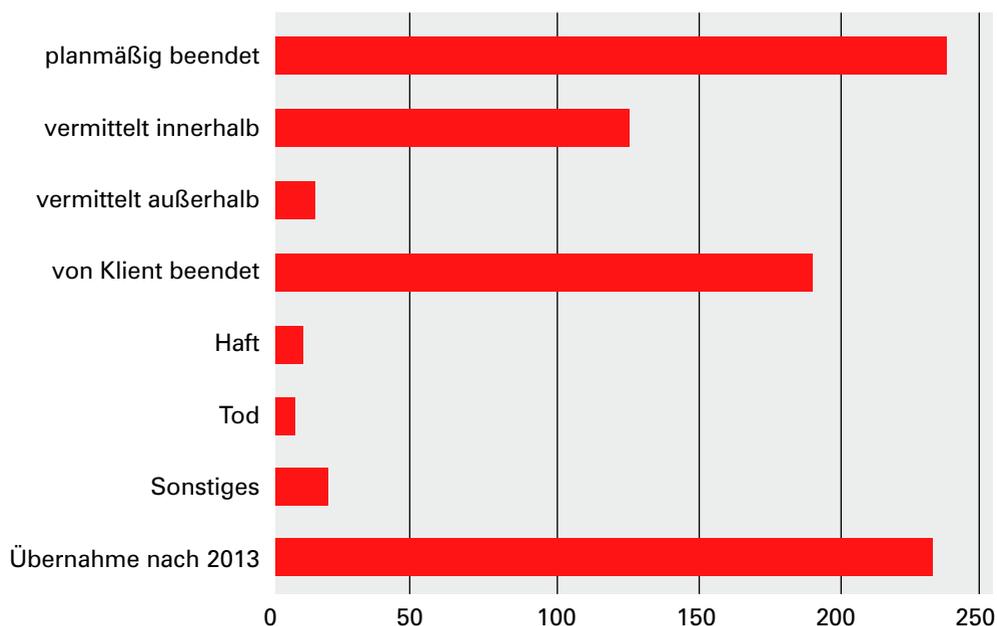


Zahlen 2012

Im Jahr 2012 (in Klammern: Zahlen 2011) haben 820 (720) Personen an unserer Fachberatungsstelle nach Hilfe nachgefragt. Davon wurden 231 (245) in das Folgejahr übernommen, planmäßig wurden 122 (85) Personen innerhalb und 12 (15) Personen außerhalb des Hilfesystems vermittelt. 190

(114) Personen waren nicht in der Lage unser Beratungsangebot vollständig anzunehmen, 237 (246) Personen wurden planmäßig beendet. 7 (7) Personen kamen in Haft und 5 (4) Personen sind verstorben. Als Schaubild in Balkenform lassen sich diese Zahlen wie folgt abbilden:

Fallzahlen 2012

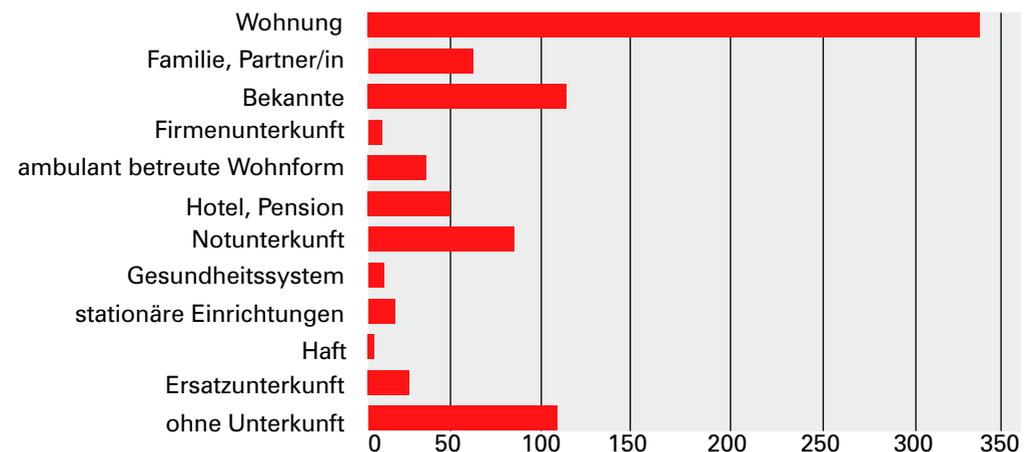


Unterkunftssituation unmittelbar vor Hilfebeginn

329 (290) Personen lebten in einer Wohnung (mit eigenem Mietvertrag). 65 (46) Personen lebten in einer Familie bzw. mit einem Partner. 114 (100) Personen konnten bei Bekannten unterkommen. 5 (4) Personen hatten bei ihrem Arbeitgeber eine Firmenunterkunft. 31 (23) Personen befanden sich in einer ambulant betreuten Wohnform (ohne eigenen Mietvertrag in einer Wohngruppe). 50 (41) Personen lebten in einem Hotel, Pension (gewerblich). In einer Notunterkunft, Übernachtungsstelle (gemeinnütziger oder kommunaler Träger) lebten 81 (89) Personen. 6 (16) Personen lebten in einer Einrichtung des Gesundheitssystems (Krankenhaus, Pflegeheim,

Psychiatrie). 12 (13) Personen waren in einer stationären Einrichtung (Einrichtungen nach § 67 - §69 SGB XII). In Haft befanden sich 2 (2) Personen. Eine Ersatzunterkunft (ungesicherte Unterkunft wie Gartenlaube, Wohnwagen, Wagenburg etc.) hatten 16 (11) Personen. Ganz ohne Unterkunft (»auf der Straße leben«, »Platte machen«) lebten 109 (81) Personen. Zwar stellen die Menschen ohne Wohnung (aber mehrheitlich mit irgendeinem Obdach) mit ~60% (= 491 Personen) immer noch die Mehrheit unserer Klienten dar. Die 329 Personen mit eigener Wohnung zeigen aber den hohen Stellenwert (~40%), welchen die präventive Arbeit mittlerweile innerhalb unserer Beratung einnimmt.

Unterkunftssituation 2012

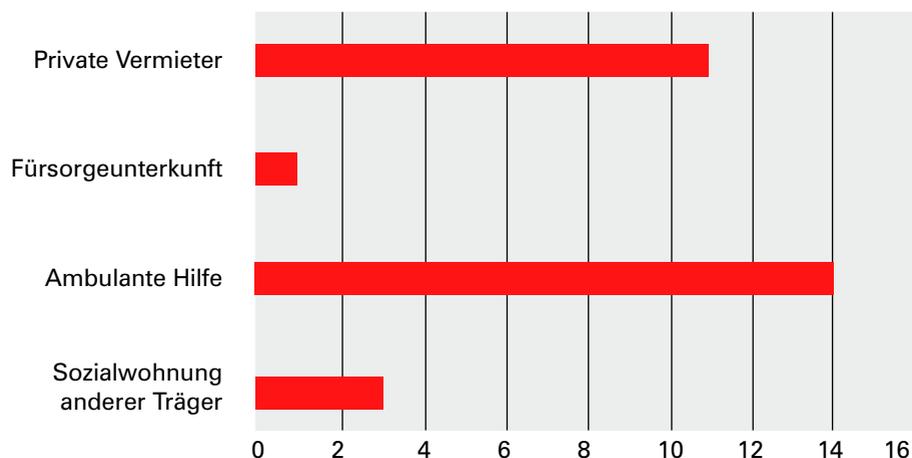


Vermittlung von Wohnraum

Im Jahr 2012 konnten 29 (18) Personen mit Hilfe der Fachberatungsstelle eine Wohnung vermittelt werden. Davon wurden 11 (10) Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt realisiert, 14 (1) Wohnungen bei der Ambulanten

Hilfe, 1 (1) Wohnung in einer Fürsorgeunterkunft und 3 (6) Wohnungen bei anderen Trägern von Sozialwohnungen. Als Balkendiagramm lässt sich die Wohnraumvermittlung wie folgt abbilden:

Vermittlung von Wohnraum 2012



Bewertung

Wir haben im letzten Jahresbericht dargestellt, dass es im Jahr 2011 eine deutliche Steigerung der Klientenzahlen von 6,7 % gegenüber dem Vorjahr gegeben hat. 2010 sind es noch 675 Personen und 2011 genau 720 gewesen, die Hilfe suchend zu uns gekommen sind. Und wir haben darauf hingewiesen, dass die Anzahl der Fälle auch in den ersten Monaten 2012 weiter zugenommen hat; nun liegen – wie eingangs erwähnt – die Zahlen des Gesamtjahres vor:

Es sind insgesamt 820 Personen zu uns gekommen, was einer nochmaligen Steigerung von 13,9 % entspricht. Wenn man die Entwicklung über beide Jahre zusammen rechnet, kommt man bei der Zunahme der Fälle von 675 auf 820 zu einer Steigerung von 21,5 % gegenüber dem Vorvorjahr! Beratung in einer Situation des Mangels. Wenn man die einzelnen Zahlen des Jahres 2012 mit denen des Jahres 2011 vergleicht (siehe oben), fallen außer der Gesamtzahl-Steigerung hauptsächlich zwei Veränderungen ins Auge:

1. Es sind 122 Personen statt der 85 im Vorjahr innerhalb der Wohnungsnotfallhilfe weitervermittelt worden – also knapp die Hälfte mehr! Das hat aber mit zu einer Verstopfung des Hilfesystems beigetragen.

2. 190 Personen statt der 114 des Vorjahres haben 2012 die Beratung irgendwann unplanmäßig beendet –

also ganze zwei Drittel mehr als 2011! Diese Personen haben die Beratung also nicht so lange durchgehalten, bis sie weitervermittelt oder bis ihre Probleme auf andere Weise gelöst worden wären. Letzteres ist nicht verwunderlich, wenn man sich bewusst macht, dass wir in der Beratungsstelle trotz der schon rein quantitativ gestiegenen Nachfrage bisher nicht mehr Personal finanziert bekommen. Wenn dazu noch eine qualitative Verschärfung der Probleme kommt (angefangen bei zunehmenden Sprach-Problemen bis hin zur Kumulierung verschiedener Probleme wie bei **Chronisch-Mehrfach-Behinderten-Abhängigkeitserkrankten** = CMBA), sind auch in der Qualität der Beratung Abstriche unvermeidlich. Dazu kommt noch, dass sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt für unsere Klienten gegenüber dem letzten Jahr nicht entspannt hat. Trotz verschiedener, arbeitsintensiver Anstrengungen des Sozialamtes und des Amtes für Liegenschaften und Wohnen, wenigstens in Einzelfällen Klienten der Wohnungsnotfallhilfe über die Notfallkartei vorrangig mit Wohnraum zu versorgen, gilt unsere Feststellung aus dem letzten Jahresbericht leider fast unverändert weiter: »Fast alle Einrichtungen der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe sind verstopft: Es findet kein ausreichender Abfluss mehr durch

die Vermittlung in Wohnraum statt. Für die neuen Wohnungsnotfälle gibt es keine freien Plätze mehr in den so genannten Aufnahmehäusern; und selbst in den Notübernachtungen, die nur für die Unterbringung *über Nacht* gedacht sind, bleiben die Menschen, die drin sind, Wochen, während andere tagelang erst gar nicht hinein kommen.« Diese Situation gilt übrigens auch für die Unterbringung in Pensionen und Hotels, die eigentlich nicht zum Kern der Wohnungsnotfallhilfe gehören, weil damit keine enge Betreuung gekoppelt ist. Auch auf einen freien Hotelplatz warten die hilfesuchenden Menschen mittlerweile schon Wochen lang.

Verstärkte Notwendigkeit von Prävention und Wohnungsbau

Viele Menschen, die zu uns in die Beratung kommen, haben zwar noch eine Wohnung (~40% – siehe oben), müssen aber befürchten, diese über kurz oder lang zu verlieren. Etliche davon werden von der städtischen Stelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit zu uns geschickt, weil der jeweilige Vermieter die Wohnung gekündigt oder sogar schon eine Räumungsklage bei Gericht eingereicht hat. In Zusammenarbeit mit dieser Stelle und dem Jobcenter bzw. dem Sozialamt versuchen wir alles, um den Verlust der Wohnung doch noch

zu verhindern. Wenn man mit geringem Einkommen in Stuttgart schon kaum mehr eine bezahlbare Wohnung findet, ist es nämlich umso wichtiger, möglichst jede Wohnung zu erhalten. Eine solche präventive Arbeit ist nicht nur für die betroffenen Menschen wichtig, um Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven zu erhalten. Prävention bedeutet mittel- und langfristig auch, dass nicht noch mehr Gelder für Reparatur-Hilfesysteme ausgegeben werden müssen. Falls Menschen aber doch ihre Wohnung verloren haben, ist es – so unsere Erfahrung – in vielen Fällen besser, sie wieder in eine neue Wohnung zu vermitteln, weil sie dann eher ihre Selbsthilfe-Fähigkeiten erhalten können als in einem Heim der Wohnungsnotfallhilfe. Im Jahr 2012 haben wir von unserer Beratungsstelle aus zwar 11 Menschen mehr als im Vorjahr in eine Wohnung vermitteln können; das lag aber nicht an einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, sondern daran, dass wir etwa die Hälfte aller 29 Neu-Mieter in Wohnungen der Ambulanten Hilfe vermitteln können (vgl. die obige Grafik): 2012 ist nämlich unser neues Wohnbauprojekt in der Burgunderstraße fertig geworden. Ohne dieses Projekt hätten sogar noch weniger Klienten unserer Beratungsstelle eine Wohnung gefunden als 2011!

Das Fest ohne Kohle hätte am 22. September in Bad Cannstatt stattfinden sollen. Die Gruppierungen und Gemeinden in Bad Cannstatt, die für die alljährlich im Winterhalbjahr stattfindenden »Essen ohne Kohle« verantwortlich zeichnen, waren schon in den Vorbereitungen. Leider stellte sich heraus, daß die vorgesehenen Veranstaltungsorte (der Marktplatz in

Bad Cannstatt und als Ausweichstelle bei schlechtem Wetter das Haus der Diakonie in Bad Cannstatt) für diesen Zweck nicht zu bekommen waren. Daher bleibt leider nichts anderes übrig, als das Fest um ein Jahr zu verschieben. Wir hoffen sehr, daß das bisher gezeigte Engagement bis dahin erhalten bleibt und bedanken uns schon jetzt für die rege Mitarbeit!



Mieterverein, Gewerkschaften, Mieterinitiativen und Sozialverbände veranstalteten am 7. März 2013 eine Kundgebung auf dem Schloßplatz. Die Ambulante Hilfe e.V. beteiligte sich, da unsere Klientinnen und Klienten unmittelbar betroffen sind. Weil die Probleme am Stuttgarter Wohnungsmarkt dramatisch zunehmen und die extrem steigenden Mietpreise immer mehr Mieterhaushalte überfordern, will der Mieterverein Stuttgart Druck auf die Politik machen. Laut einer Studie bezahlen Stuttgarts Mieter durchschnittlich schon 42 % ihres Einkommens für die Wohnkosten. Im Wohnungsbestand stiegen die Mieten laut jüngst veröffentlichtem Mietspiegel um fast 6 %, im vorherrschenden Altbau sogar über 6 % und damit mehr als doppelt so hoch wie die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Die Neuvertragsmieten in Stuttgart explodierten geradezu: laut immoscout beim Neubau um 13,6 %, im Altbau um über 11 % innerhalb eines Jahres. Völlig unzumutbar sind die Mietpreissteigerungen bei energetischen Sanierungen. Laut Gesetzeslage kann der Vermieter 11 % der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete umlegen. Damit tragen die Mieter in 11 Jahren die Modernisierungskosten allein. Doch statt die Mieter vor solch hohen Mietsprüngen zu schützen, haben CDU und FDP im Bundestag die Mieterrechte bei Modernisierung dras-

tisch beschnitten. So hat der Mieter zukünftig auch für eine unbewohnbare Wohnung während der 3-monatigen Modernisierung die volle Miete zu zahlen. Ein glatter Systembruch im Vertragsrecht, welches eigentlich auf Leistung und Gegenleistung gründet. Wenn Wohnungen dringend fehlen, müssten aber auch Gemeinderat und Oberbürgermeister in Stuttgart sich um den Neubau von bezahlbaren Wohnungen kümmern. Obwohl der Bestand an preiswerten Sozialwohnungen dramatisch sinkt, wurden zuletzt jährlich nur ca. 40 geförderte Mietwohnungen gebaut – ein Armutszeugnis für die wohlhabende Stadt Stuttgart. Mit der Kundgebung wollten sich die beteiligten Gruppierungen deshalb auch für eine Vervielfachung des Mitteleinsatzes für bezahlbaren Wohnraum in Stuttgart einsetzen: »1000 Wohnungen sind notwendig und möglich«, erklärt hierzu der Mieterverein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ambulanten Hilfe e.V. beteiligten sich mit einem Info-Stand an der Veranstaltung. Wir wollten dadurch unseren Teil dazu beitragen, daß die Mietpreisexplosion gestoppt und mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt werden. Die Ambulante Hilfe e.V. ist zwar seit vielen Jahren im sozialen Wohnungsbau tätig, kann hierbei jedoch nicht gänzlich die Aufgaben der Stadt Stuttgart übernehmen.



<i>Boujaouane, Hicham</i>	†	<i>07.02.2013</i>
<i>Simsek, Hassan</i>	†	<i>25.03. 2013</i>
<i>Degener, Ralf</i>	†	<i>März 2013</i>
<i>Schlarb, Heinrich</i>	†	<i>27.04. 2013</i>
<i>Schächer, Hans</i>	†	<i>16.06.2013</i>
<i>Bouhouch, Ali</i>	†	<i>13.07. 2013</i>
<i>Bachl, Willi</i>	†	<i>25.07. 2013</i>
<i>Schmeisser, Wolfgang</i>	†	<i>11.09. 2013</i>



Cannstatter Zeitung 19.11.2012

Essen in spirituellem Rahmen

■ Bad Cannstatt: Kostenlose Mahlzeit für Bedürftige beim Vedischen Kulturverein

(bac) – Im Rahmen der Aktion „Essen ohne Kohle“ organisiert die Ambulante Hilfe e.V. einmal monatlich ein Essen für Bedürftige. Immer kostenlos und immer von einem anderen Mitglied der daran angeschlossenen Glauben- und Religionsgemeinschaften aus Bad Cannstatt. Letzten Samstag kamen dazu rund 90 Menschen ins Haus des Vedischen Kulturvereins in der Daimlerstraße.

Nebenan in der Küche wird gekocht, und zwar in großen Dimensionen. „Wir haben uns auf eine ähnliche Resonanz wie an den bei uns bereits durchgeführten Aktionen dieser Art orientiert“, sagt Thomas Winkler, respektive Kanhaiya Lal Das, einer der Mitglieder des Vedischen Kulturvereins.

Auf dem Speiseplan steht Kit-chri – Reis, Gemüse, Linsen – das auch als „Festmahl des armen Mannes“ titulierte wird. Dazu gibt es in Öl ausgebackenen Fladen und Raita, eine Gewürzsoße. „Alles sehr Kraft spendend und dazu auch noch wohlschmeckend“, sagt Lal Das.

Geredet wird unter den Bedürftigen wenig, die meisten sind zu sehr mit ihren alltäglichen Problemen und Sorgen belastet. Doch das Essen schmeckt und Dankbarkeit zeigen alle, jeder auf seine Weise. Und auch von Seiten des Vedischen Kulturvereins wird das Hauptaugenmerk ganz klar auf die Aktion „Essen ohne Kohle“ gelegt. „Wir wollen hier niemanden zu unseren Ansichten bekehren und hegen auch keinerlei tiefer gehende spirituelle Absichten“, betont Kanhaiya Lal Das. „Wir beteiligen uns an dieser Aktion, weil es zu unserer Religion und Kultur dazu gehört, Menschen zu helfen, die Not leiden“, erklärt Kanhaiya Lal Das. „Und gleichzeitig wollen wir damit auch ein Zeichen setzen und Werte vermitteln.“

„Essen ohne Kohle“ ist eine Aktion verschiedenster Glauben- und Religionsgemeinschaften aus Bad Cannstatt für die Bedürftigen. Der Vedische Kulturverein war zum dritten Mal bei der Aktion dabei und stellt eine der insgesamt neun Gemeinden beziehungsweise Gemeinschaften dar, die in ihrer Verschiedenheit die Vielfalt des Bad Cannstatter Gemeindegewesens reflektieren. Allen Gemeinden gleich ist jedoch der Gedanke, bei dieser Aktion, speziell in den Wintermonaten, etwas Wärme an die Mitmenschen weitergeben zu können, die davon nicht so reichlich haben. Insbesondere in Form von Essen aber auch Kontakten.



Bei den Gastgebern des Vedischen Kulturvereins werden die Kochlöffel selbst geschwungen. Foto: Bachmayer

Der gemeinnützige Verein hatte eigentlich schon eine Woche zuvor einladen wollen, jedoch aus religiösen Gründen – ein Fastentag sprach dagegen – die Aktion „Essen ohne Kohle“ in seinen Räumlichkeiten verschoben. Am vergangenen Samstag weist nun ein auf der Daimlerstraße aufgestelltes Schild den Weg zum umfunktionierten Speiseraum, der gleichzeitig auch den Krishnatempel des Vedischen Kulturvereins darstellt. Vor der Tür sind die Schuhe der Anwesenden aufgereiht, so will es die Tradition des Kulturvereins. Innen duftet es nach Essen mit typisch indischer Gewürznote. Bunte Sitzkissen, Bilder von indischen Heiligen und warme Farben verleihen dem Raum eine Art Wohnzimmeratmosphäre. Die Mitglieder des Vedischen Kulturvereins bezeichnen das Zimmer als ihren Tempel. Ringsum an den Wänden stehen Stühle für diejenigen, die hier essen, aber dabei nicht auf dem Boden sitzen wollen.

Kirchenfernsehen.de 08.02.2013

ALPHA & OMEGA. Unter Null - Armut im Winter
Wenn im Winter das Quecksilber am Thermometer in die Minusgrade fällt, dann trifft das vor allem eine Bevölkerungsgruppe besonders hart: Die, die weit unter oder zumindest am Existenzminimum leben. Wie kommen diese Menschen im Winter über die Runden? Welche Hilfsangebote gibt es? Und wie geht ein Land damit um, wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht? In der neuen Folge Alpha&Omega dreht sich alles um Armut im Winter.
08.02.2013

Autorin: Anja Fuhrmann



Unter Null - Armut im Winter



Manuel Borrego Beltran
ehemaliger Streetworker

Cannstatter Zeitung 25.02.2013

Kochen für Bedürftige

■ Bad Cannstatt: Brigitte Lösch zu Besuch im Café 72

(ts) – Das Café 72 ist ein Zuhause für alle Heimatlosen. Die Räumlichkeiten in der Kreuznacher Straße bieten sozial schwächer gestellten Menschen Schutz und Begegnung mit Gleichgesinnten. Einmal im Jahr kommt die Landtagsabgeordnete der Grünen, Brigitte Lösch, zu Besuch, um mit Slow-Food-Koch Markus Wagner für die Bedürftigen zu kochen.

Gerade im Winter bei Minusgraden ist das Café 72 der Himmel auf Erden für alle Obdachlosen und sozial schwächer gestellten Menschen. „Hier können sich die Leute von der Straße oder die, deren Heizung gerade ausgestellt wurde, in beheizten Räumen und bei einem Heißgetränk aufwärmen“, erzählt Sozialarbeiter Christof Lakner von der Ambulanten Hilfe. Die Räumlichkeiten in der Kreuznacher Straße bieten aber auch die Möglichkeit zu duschen, Wäsche zu waschen und ins Internet zu gehen. Vor allem geht es aber darum, dass die Menschen eine Beschäftigung haben. „Die Bedürftigen leben

hier in einer Gemeinschaft zusammen und identifizieren sich total damit.“ Jeden Donnerstag würde ein Kochteam gewählt, das entscheidet, was auf die Teller kommt und wer dafür einkaufen geht.

Letzten Donnerstag waren Lösch und Wagner zu Gast. Im Gegensatz zu Fast-Food-Gerichten legen die beiden Wert auf saisonale und regionale Küche. Kein Wunder also, dass das Café 72 nach Kraut roch. Denn auf dem Speiseplan standen Kassler mit Filderspitzkraut und Kartoffeln. „Mit dieser Koch-Aktion wollen wir zeigen, wo man in Stuttgart unterkommen und dass man auch mit wenig Geld lecker kochen kann“, erklären die beiden Kochprofis.



Grünen-Landtagsabgeordnete Brigitte Lösch und Slow-Food-Experte Markus Wagner beim Kochen. Foto: Simoncev

Längere Öffnungszeiten für Café 72

■ Bad Cannstatt: Erweiterte Betreuung soll Problem auf dem Bahnhofsvorplatz lösen

Mit zwei Maßnahmen soll die Gruppe „verhaltensauffälliger Menschen“ auf dem Vorplatz des Cannstatter Bahnhofs gebändigt werden. Zum einen soll dort laut Beschluss des Bezirksbeirats Bad Cannstatt die Anzahl der Sitzgelegenheiten reduziert und gleichzeitig die Öffnungszeiten der Einrichtung Café 72 in der Kreuznacher Straße drei Monate lang als Test verlängert werden.

VON ULI NAGEL

Die Situation auf dem Vorplatz des Bad Cannstatter Bahnhofs drohte im vergangenen Jahr – insbesondere in den wärmeren Monaten – zu eskalieren. Nicht nur, dass die Gruppe verhaltensauffälliger Menschen immer größer wurde, deren Verhalten

nahm an Aggressivität sowohl untereinander wie auch gegenüber Passanten zu. Zudem hat die Polizei eine wachsende Beschaffungskriminalität festgestellt. Bereits im vergangenen November stand das brisante Thema deshalb auf der Tagesordnung des Bezirksbeirats. Nach langem Hin und Her konnte sich das Bürgergremium jedoch nicht dazu durchringen, in einem ersten Schritt die Bänke abzumontieren, um so dem Aufenthaltsort etwas von seiner „Attraktivität“ für die wilden und langen Trinkgelage zu nehmen. Was damals ebenfalls lange und ohne Beschluss diskutiert wurde, war eine Verlängerung der Öffnungszeiten des Cafés 72, das von der Ambulanten Hilfe geführt und dem Problemerklientel als Anlauf- und Betreuungsstelle dient.

Am Mittwoch gab der Bezirksbeirat jetzt mehrheitlich seine Zustimmung für beide Maßnahmen. So soll die Zahl der Bänke nach Beendigung des Frühlingstestes auf zwei bis drei reduziert werden. Gleichzeitig soll das Café 72 seine Öffnungszeiten am Montag und Donnerstag auf 21 Uhr ausdehnen. Mit diesem Angebot wartete jedenfalls Michael Knecht, seit 20 Jahren Mitarbeiter der Ambulanten Hilfe, auf. Allerdings gab er zu Bedenken, dass es bisher noch keine Zusage vom Sozialamt für eine finanzielle Unterstützung gebe. Benötigt werden rund 10 000 Euro, was jedoch laut Sozialamt sehr wohlwollend geprüft werde. „Wir sprechen jedoch nur von einem drei Monate langem Test“, betonte Michael Knecht. Denn man müsse von Anfang an beobachten,

ob das erweiterte Angebot überhaupt angenommen werde. Was zudem nicht auszuschließen ist: Das Problem von Lärm, Belästigung und Vermüllung verlagert sich vom Bahnhof in die Kreuznacher Straße rund um das Café 72. „Dort haben sich schon einmal Anwohner beschwert“, weiß der Mitarbeiter der Ambulanten Hilfe. Vom Abmontieren der Bänke hielten die Grünen immer noch nicht viel, scheiterten jedoch mit ihrem Antrag. Einstimmig plädierte dann das Bürgergremium für die teilweise verlängerten Öffnungszeiten des Cafés 72. Allerdings müssen – auch da waren sich die Fraktionen einig – dringend Gelder im neuen Haushalt für das erweiterte Betreuungsangebot bereitgestellt werden – so fern es überhaupt funktioniert.

Anwohner befürchten noch mehr Ärger

Seelberg Längere Öffnungszeiten für das Café 72 kommen bei der Nachbarschaft nicht gut an. Von Nina Ayerle

Zweimal die Woche sollen ab Mai die Öffnungszeiten im Café 72 an der Wablingerstraße 30 teilweise verlängert werden. Dies entschied ein Runder Tisch, an dem Stadt- und Bezirksbeiräte, Straßensozialarbeiter, die Polizei und das Ordnungsamt teilgenommen hatten. Ziel ist es, die Situation vor dem Cannstatter Bahnhof zu entschärfen. Der Vorplatz hat sich zu einem Treffpunkt für Wohnungslose entwickelt, die dort Alkohol konsumieren.

„Man kann die Situation nicht einfach ins Wohngebiet verlagern.“ Daniel Wegner, Anwohner



Die Besucher des Café 72 stehen gern draußen. Die Nachbarn fühlen sich von den oft alkoholisierten Besuchern gestört. Foto: Ayerle

Streitereien untereinander und Pöbeleien gegenüber Passanten sind an der Tagesordnung. Doch genau wie die Ladenbesitzer rund um den Bahnhof wollen auch die Nachbarn des Café 72 nicht noch mehr Ärger vor ihrer Haustür. Ein Nachbarschaftstreffen mit Mitarbeitern des Cafés, Anwohnern und Straßensozialarbeiter der Ambulanten Hilfe trug nicht viel zur Klärung der Situation bei. Der Auslöser für das gemeinsame Treffen war ein Brief, der in der Nachbarschaft kursierte. Bewohner der Kreuznacher Straße schreiben darin, dass sie den Ansatz der Stadt, „die unerwünschten Personen in das Café 72 und damit in die Wohngebiete zu verbannen“ für einen völlig verfehlten Lösungsansatz halten.

Für Konflikte sorgten aber nicht nur die geplanten verlängerten Öffnungszeiten, montags bis 18 Uhr und donnerstags bis 20 Uhr, sondern bereits die aktuelle Situation vor dem Café für Wohnungslose. Daniel Wegner, der an der Kreuznacher Straße lebt, kritisierte vor allem, dass Tatsachen geschaffen wurden, ohne die Nachbarn zu informieren. Deshalb habe sich eine Gruppe formiert, welche den Brief in Umlauf gebracht habe. „Unsere Aktion

richtet sich definitiv nicht gegen das Café 72“, sagte er. Er stehe aber der Verlagerung der prekären Situation vor dem Bahnhof ins Wohngebiet mehr als skeptisch gegenüber. „Das passt für mich nicht“, betonte er. Positiv zur Kenntnis genommen haben die Anwohner das Engagement der Café-Mitarbeiter und der Ambulanten Hilfe, die verlängerten Öffnungszeiten sinnvoll mit Angeboten zu füllen. Doch das Grundproblem bleibt bestehen: Für die meisten Anwohner ist die derzeitige Situation schon untragbar. Mit der Verlängerung der Öffnungszeiten und der Verlagerung der Szene an die Kreuznacher Straße befürchten sie noch mehr Eskapaden. „Meine beiden Kinder haben jetzt schon Angst, direkt am Café vorbeizulaufen“, erzählte eine Nachbarin. Besonders die Hunde der Café-Besucher sorgten allgemein für großen Unmut und Angst. „Uns ist vor allem wichtig, dass sich die Situation vor dem Café entspannt.

Das Draußensein muss eliminiert werden“, ergänzte Anwohner Norman Hnida.

Das Nachbarschaftstreffen sollte zur Aussprache dienen, eine Lösung ist es nicht. „Das können wir auch nicht leisten“, sagt Klaus Obert, Bereichsleiter Sucht- und Sozialpsychiatrische Hilfen beim Caritasverband Stuttgart. Er empfahl den Anwohnern, bei massiven Pöbeleien oder Ärger sofort Polizei oder Ordnungsamt zu verständigen und sich insgesamt an den Bezirksbeirat zu wenden. Aus seiner Sicht wird sich die Situation an der Kreuznacher Straße durch das Projekt nicht verschlechtern. „Diese Menschen lassen sich nicht einfach versetzen“, sagt Obert.

Diese Ansicht teilte auch Manuel Borrego Beltran von der Ambulanten Hilfe. „Diese Menschen möchten genau da sein, wo viele andere sind. Man kann sie nicht einfach verpflanzen“, betonte Beltran, der sich als „Streetworker der ersten Stunde“ vor-

stellte. Auch ein Abbau der Bänke am Bahnhof schaffe da keine Abhilfe. „Diese Menschen werden deshalb nicht aufhören zu trinken und arbeiten gehen“, sagte er. Dennoch werden die Mitarbeiter der Ambulanten Hilfe und die Sozialarbeiter des Café 72 versuchen, den Ärger so gering wie möglich zu halten, versprach er.

Zunächst sind die verlängerten Öffnungszeiten jedoch nur ein dreimonatiger Test. „Wenn das nicht funktioniert, ist das Projekt gescheitert“, sagte Michael Knecht von der Ambulanten Hilfe.

Mittlerweile hat sich auch die CDU-Ratsfraktion der Sache angenommen. In einem aktuellen Antrag fordern die Christdemokraten, einen Bericht im Sozialausschuss. Dabei soll die Verwaltung unter anderem die Frage klären, wie sichergestellt werden kann, dass während der Öffnungszeiten und danach keine Trinkgelage vor dem Café gefeiert werden.

Essen für Bedürftige

Bad Cannstatt – Schon früh morgens trafen sich die Bundestagabgeordnete Karin Maag, Stadträtin Beate Bulle-Schmid sowie der Vorsitzende der CDU Bad Cannstatt, Roland Schmid, mit einigen Helfern im Café 72 in Bad Cannstatt, um die Vorbereitungen für das Mittagessen für bedürftige Mitmenschen zu treffen.

Im Café 72 befindet sich eine Tagesstätte für obdachlose und bedürftige Menschen, die von der CDU mit einem kostenlosen Mittagessen versorgt wurden. Unter der fachkundigen Leitung von Ralf Benda und Charlotte Huzel wurden Maultaschen, Kartoffelsalat und ein Nachtisch zubereitet. Es schmeckte den vielen Besuchern so gut, so dass sich fast alle noch einen Nachschlag servieren ließen.



Bedürftige Menschen werden im Café 72 von der Cannstatter CDU mit Mittagessen versorgt. Foto: CDU BC

Doch nicht nur das Essen tat den Menschen gut, sondern auch die Zuwendung und Gespräche, für die sich die Christdemokraten auch Zeit nahmen.

Stuttgart Journal 16.05.2013

Café 72: Ärger um verlängerte Öffnungszeiten



Bild: Alexander Kappen cafe-mitarbeiter Borrego beim Fegen

Die Obdachlosenszene rund um den Cannstatter Bahnhof soll in die Hilfseinrichtung Café 72 verlagert werden. Deren Anwohner laufen dagegen Sturm.
von Alexander Kappen

Bad Cannstatt. „Wir wollen keine Trinkgelage und Pöbeleien am Café 72“, heißt es sinngemäß in den Dutzenden von Beschwerdebriefen an die Cannstatter CDU. In deren Geschäftsstelle stapeln sich mittlerweile die Briefe, E-Mailausdrucke und Telefonat-Mitschriebe besorgter Anwohner aus der Kreuznacher Straße. Ein Cannstatter Runder Tisch mit Polizei, sozialen Einrichtungen und Bezirksbeirat hatte sich zu verlängerten Öffnungszeiten des Café 72, einer Obdachlosen-Tagesstätte in der Kreuznacher Straße, entschieden. Dieses befindet sich etwa 300 Meter vom Bahnhof entfernt. „Dadurch erhoffen wir uns die Verlagerung der Obdachlosenszene: Weg vom Cannstatter Bahnhof, hin ins Café 72“, erklärt Roland Schmid, Vorsitzender der Cannstatter CDU.

Das Stuttgarter Sozialamt unterstützt das Café finanziell, sodass die Einrichtung die verlängerten Öffnungszeiten stemmen kann. Ab Donnerstag, dem 16. Mai beginnt die dreimonatige probeweise Verlängerung am Donnerstag von 15.30 auf 20 Uhr und montags von 13 auf 18 Uhr. Falls das Modell Erfolg hat, soll auch an den anderen Tagen länger geöffnet werden.

Die Anwohner der Kreuznacher Straße befürchten nun, dass in ihrer Straße Anarchie und Chaos einkehrt. „Die Bürger haben sich bereits über Saufgelage, Pöbeleien durch Cafébesucher, Glasscherben und Müll auf der Straße beschwert. Falls nun die Öffnungszeiten verlängert werden, befürchten die Anwohner, dass diese Probleme überhand nehmen“, so Roland Schmid, der Vorsitzende der Cannstatter CDU.

Die Mitarbeiter des Café 72 nehmen diese Sorgen ernst. „Wir verstehen, dass die Anwohner Angst haben. Wir haben bereits einige Gegenmaßnahmen eingeleitet, damit die Belästigungen nicht zu groß werden“, sagt Manuel Borrego Beltran. Zum einen gestattet die Caféleitung seit kurzem das Trinken von Alkohol im Vorraum des Café. „Dadurch wollen wir erreichen, dass die Obdachlosen nicht auf der Straße trinken. Diese Maßnahme wirkt bereits erfolgreich“, so der Cafémitarbeiter.

Zudem schaut einer der Mitarbeiter regelmäßig nach Sauberkeit und Ordnung vor dem Café. Dabei wird dann auch mal der Besen in die Hand genommen und Scherben und Abfall zusammengefegt. Zudem gibt es Ende Juni wieder ein Nachbarschaftstreffen im Café 72. Dort will man im Austausch mit den Anwohnern beruhigen und gemeinsam Lösungen erarbeiten.

Darüber hinaus wird man am Montag- und Donnerstagnachmittag mit den Besuchern verstärkt Ausflüge nach Stuttgart unternehmen. Dort wird dann zum Beispiel gemeinsam im Schlossgarten gegrillt. Dann haben die Anwohner auch wieder ihre ersehnte Ruhe am Feierabend...

Stuttgarter Zeitung 11.06.2013

Mehr Personal gefordert

Tagesstätte Das Café 72, eine Anlaufstelle für Wohnungslose, ist oft überlaufen.

Die Tagesstätte Café 72 benötigt mehr Sozialarbeiter. Wie im Sozial- und Gesundheitsausschuss am Montag ausgeführt wurde, hat sich die Zahl der Besucher in der kleinen Einrichtung in der Waiblinger Straße in Bad Cannstatt in den vergangenen zehn Jahren stark erhöht: Besuchten 2002 im Schnitt 30 bis 50 Personen die Tagesstätte, so seien es inzwischen 50 bis 70 Personen täglich.

„50 Personen sind zur Mittagszeit der Regelfall“, berichtete Michael Knecht vom Träger Ambulante Hilfe. Dann sei nur eine hauptamtliche Kraft da. „Das ist eigentlich nicht verantwortbar“, so Knecht. Weil inzwischen verstärkt Frauen die Tagesstätte aufsuchen, komme es zudem vermehrt zu Konflikten zwischen den alkoholisierten Männern. Er hoffe, dass die Stadt die Zahl der Sozialarbeiterstellen um 0,75 auf 2,25 erhöht. Das wird allerdings erst im Laufe der Haushaltsberatungen beschlossen. Nicht sinnvoll sei hingegen, die Tagesstätte räumlich zu vergrößern, meint Knecht. CDU-Stadträtin Beate Bulle-Schmid hatte die Frage nach größeren Räumlichkeiten aufgeworfen. Besser sei, so Knecht, eine weitere Tagesstätte zum Beispiel im Stuttgarter Osten zu eröffnen. Weil es Beschwerden wegen lärmender Besucher vor dem Café 72 gegeben hat, werde es im Juni noch ein Anwohnergespräch geben.

Für Clarissa Seitz (Grüne) ist der erhöhte Personalbedarf „plausibel“. Marita Gröger (SPD) lobte das pädagogische Konzept der Tagesstätte als „hervorragend“. Die Besucher übernehmen viele Aufgaben, zum Beispiel die Kleiderkammer. Sie kochen auch das Mittagessen selbst. vv

Stuttgarter Zeitung 23.04.2013

Medmobil bis 2015 gesichert

Wohnungslosenhilfe Die Stadt garantiert die Finanzierung des niederschweligen Angebots.

Das Medmobil, mit dem wohnungslose Menschen auf öffentlichen Plätzen medizinisch versorgt werden, ist bis zum Jahr 2015 gesichert. Weil die Personalausstattung des Krankenfahrzeugs, in dem Ärzte, Pflegekräfte und Ehrenamtliche mitarbeiten, derzeit nicht ausreicht, wird die Stellenzahl sogar um 0,6 auf zwei erhöht.

Das Fahrzeug, in dem Menschen behandelt werden, die man mit dem regulären Gesundheitssystem nicht erreichen würde, hat sich zu einem festen Bestandteil der Wohnungslosenhilfe entwickelt. Bisher wurden dafür 424 000 Euro ausgegeben, die Mittel stammen aus dem Hedwig- und Max Finckh-Fonds. Nach drei Jahren Probelauf geht es nun um die weitere Finanzierung. Gegenwärtig laufen Verhandlungen mit den Krankenkassen darüber, in welchem Umfang diese sich an den Behandlungskosten beteiligen werden. Einstweilen aber geht es darum, das niederschwellige Angebot bis auf weiteres abzusichern.

Deshalb hat der Sozialausschuss des Gemeinderates am Montag beschlossen, das Projekt bis Ende 2015 zu verlängern und dieses personell etwas besser auszustatten. Die dafür notwendigen 440 000 Euro werden erneut aus den Mitteln der Erbschaft von Hedwig und Max Finckh bestritten. Das im Jahr 2009 ins Leben gerufene Projekt, das von den Vereinen Ambulante Hilfe und Ärzte der Welt getragen wird, benötigt mehr Personal, weil die Betreuung der ehrenamtlichen Helfer zeitintensiv ist. ury

Bad Cannstatt
Das Zentrum soll attraktiver werden
Annina Baur, 21.06.2013 11:15 Uhr

Stuttgarter Zeitung 21.06.2013

Beim Rundgang wurde auch die Seelbergstraße begutachtet. Foto:
Bad Cannstatt - Rathaus, Marktstraße, Bahnhof und Seelbergstraße: Bei der Stadtbezirksbegehung mit Verwaltungsbürgermeister Werner Wölflle hatte der Bezirksbeirat am Mittwochabend vor allem Cannstatts Mitte im Blick.

Mit dem für rund 8,5 Millionen Euro frisch sanierten historischen Rathaus hat diese auf jeden Fall an Attraktivität gewonnen. Da sind sich die Lokalpolitiker einig. Ein Dorn im Auge sind einigen Bezirksbeiräten jedoch die stilisierten Fensterläden aus Kupferstäben und die Granitsteinelemente an der Ecke des Rathauses, welche einst zerstört war und im Rahmen der Sanierung wie eine Art Balkon aufgehängt werden musste, weil sich darunter eine Doline befindet. Hintergrund ist eine Denkmalschutzrichtlinie, die besagt, dass sich zerstörte Gebäudeteile nach einer Sanierung bewusst vom Original abheben sollen. Vielen Bezirksbeiräten wäre eine bodenständigere Lösung lieber gewesen: „Statt Granit hätte man einen heimischen Stein wie Travertin verwenden und die Fensterläden einfach ganz weglassen können“, findet Gerhard Veyhl (Freie Wähler).

Obwohl die Baustelle rund um das Bezirksrathaus noch in den letzten Zügen ist, hoffen die Cannstatter Bezirksbeiräte schon bald auf neue Bagger in der Gegend. „Der Asphalt auf der Marktstraße ist in die Jahre gekommen“, sagt der Bezirksvorsteher Thomas Jakob und zeigt auf große Risse im Straßenbelag. Bereits vor zwei Jahren hatte der Bezirk eine Erneuerung des Asphalts beantragt, in den Haushaltsberatungen war das Anliegen aber zurückgestellt worden. Jetzt werde es allerhöchste Zeit: „Wir wünschen uns attraktive Geschäfte in Bad Cannstatt. Die brauchen aber auch ein attraktives Umfeld“, so Jakob.

Öffnungszeiten des Café 72 sollen verlängert werden
Ein solches soll auch an der Seelbergstraße entstehen. Ein breiterer Gehweg, Lichtstelen, Poller und neue Bäume sollen ein angenehmeres Ambiente auf der Straße schaffen, die sich seit der Eröffnung des Cannstatter Carrés zur wichtigsten Verbindung zwischen dem Einkaufszentrum und der Altstadt entwickelt hat. Im kommenden Jahr sollen die Bauarbeiter anrücken – ein Jahr später als ursprünglich geplant. Schon früher könnten die Bänke am Cannstatter Bahnhof abmontiert werden. Das Entfernen von Sitzgelegenheiten soll ein erster Schritt sein, alkohol- und drogenabhängige sowie wohnungslose Menschen vom Bahnhof fernzuhalten, der sich zu einem beliebten Treffpunkt entwickelt hat. Zeitgleich sollen die Öffnungszeiten des Café 72 verlängert werden, um diesen Menschen dort eine Anlaufstelle zu bieten. „Der Wunsch ist nachvollziehbar“, sagte Werner Wölflle, sei doch der Bahnhof für viele Menschen das Tor in den Stadtbezirk. Dennoch warnte er: „Die Bänke abzuschrauben, löst das Problem meiner Erfahrung nach häufig nicht.“ Es sei wichtig, miteinander vor Ort ins Gespräch zu kommen. Die Sozialpädagogin und Streetworkerin Andrea Nanz hofft aus diesem Grund auf eine ähnliche Lösung wie im Stuttgarter Osten. Dort sei es gelungen, die Trinkerszene am Ostendplatz um einige Meter weg von den Geschäften hin zu einem Toilettenhäuschen zu verlagern. Seither habe sich die Lage dort deutlich entspannt und es gebe viel weniger Klagen.



Unter Obdachlosen

Stuttgarter Nachrichten 07.10.2013

Die StN-Reportage Eine Reise nach ganz unten – zwischen Kummer, Küche und Kümmerling

Bad Cannstatt ist das Sammelbecken für Obdachlose. Immer mehr Menschen am Rande der Gesellschaft prägen das Stadtbild. Das sorgt für Probleme bei der Unterbringung und für Ärger seitens der Anwohner und des lokalen Einzelhandels. Einrichtungen wie das Café 72 werden auch kritisch gesehen.

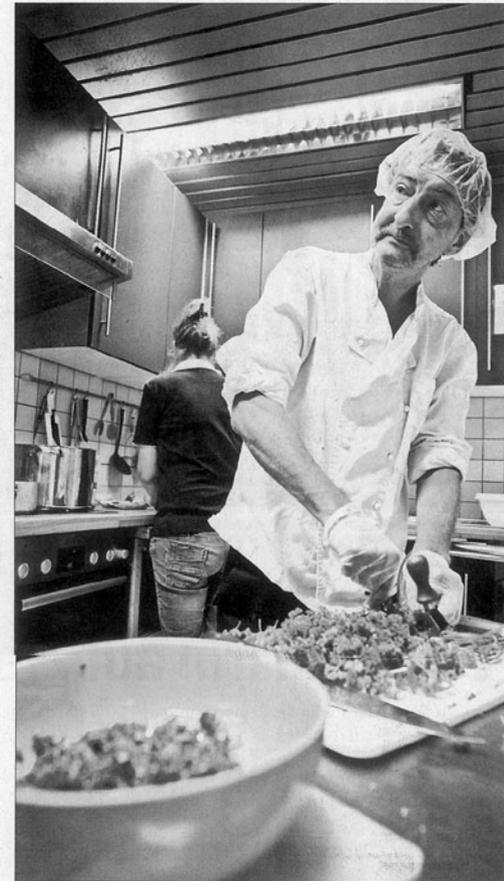
VON SASCHA MAIER

STUTTGART. Volker Bohn ist ein Menschenfreund. Und das, obwohl er Erfahrungen gemacht hat, wie nachts von einem Fremden beim Schlafen brutal ins Gesicht getreten zu werden. „Von irgendeinem Arschloch“, sagt der 55-Jährige Volker Bohn lebte zehn Monate auf der Straße. Heute ist er in einer Sozialunterkunft untergebracht. Wie die meisten, die man als Obdachlose bezeichnet. „Eine Wohnung oder ein Zimmer ändern noch lange nicht das soziale Umfeld“, sagt Streetworkerin Andrea Nanz. Sie erinnert sich an eine Erhebung vor einigen Jahren, die besagt, dass nur etwa 30 bis 60 Menschen in Stuttgart wirklich kein Dach über dem Kopf haben. In sieben Jahren Arbeit auf der Straße hat sie entsetzliche Geschichten erlebt. Ein Mann, der jetzt tot ist, lebte jahrelang in einem kaputten Zelt in einer Schlammlgrube. Da ihm keine Geisteskrankheit attestiert werden konnte, wurde der Antrag einer Zwangseinweisung abgelehnt. Als man ihn gesundheitsbedingt in eine Klinik einlieferte, war so wenig von dem Menschen übrig, dass die Ärzte nichts mehr für ihn tun konnten. „Der hat das Vertrauen in die Menschheit verloren“, glaubt Nanz. Ein anderer Mann, genannt der Indianer, überwinterte mit nur zwei Decken. Man hat ihm beide Füße amputiert, da sie abgefroren waren.

Die Geschichten der Betroffenen ähneln sich: Partner weg, Job weg, Wohnung weg

Solehe Schicksale bleiben den meisten in der Obdachlosenszene aber erspart. Dank Anlaufstellen wie dem Café 72 in Bad Cannstatt – einer Institution der Ambulanten Hilfe Stuttgart, wo Obdachlose vormittags günstige Verpflegung, Klamotten, Beratung und die Möglichkeit, sich und Kleidung zu waschen oder im Internet zu surfen, bekommen. Es kommen Trinker, Depressive, ehemalige Rentner oder Männer aus Osteuropa, die Arbeit in Deutschland suchen. Hier arbeitet Volker Bohn ehrenamtlich im Küchenteam. Heute gibt es Maultaschen, entweder in der Brühe oder geröstet mit Kartoffelsalat. Für zwei Euro pro Portion plus Nachtisch. „Ich bin jeden Tag hier“, sagt er während er Petersilie fachmännisch klein hackt. Früher hat er immer für seine Lebensgefährtin und seine Tochter gekocht. Damals hatte er eine Möbelspedition mit einem Festangestellten und sechs freien Mitarbeitern. Die Spedition machte Platte, weil die Zahlungsmoral in der Branche zu wünschen übrig lässt, sagt er. Kurz zuvor hatte sich seine Freundin nach 13 Jahren von ihm getrennt. Nachdem er ihr und ihrem Neuen die Wohnung überlassen hatte, zog er in eine Wohngemeinschaft. Mit dem Mitbewohner verkrachte er sich. Volker Bohn verkrachte seine erste Nacht ohne Dach überm Kopf.

Die Geschichten der Besucher des Cafés 72 ähneln sich. Partner weg, Job weg, Wohnung weg. Man teilt Erfahrungen. Jeder der 30 bis 40 Menschen kennt hier jeden. Und fast jeder ist mehr oder weniger angegriffen. „Ungefähr 90 Prozent in der Szene haben ein Alkoholproblem“, sagt Andrea Nanz. Der Schnapsgeruch im Café 72 macht das deutlich. Im Vorraum der Einrichtung darf kein



Ein Ruhepol im Café 72: Volker Bohn

Foto: Max Kovalenko

Schnaps und Bier und Wein nur in Maßen konsumiert werden, wie Cafébesucher in einer Vollversammlung beschlossen haben. Nicht alle halten sich daran.

„Es ist wie in jedem sozialen Gefüge. Es gibt Ruhepole und Störenfriede“, so Christoph Lackner, Sozialarbeiter im Café 72. Volker Bohn ist so ein Ruhepol. Zusammen mit zwei Kumpels betrachtet er das Blumenbeet, das den Ort verschönern soll. „Ich kann die Anwohner schon verstehen, dass sie sich aufregen, wenn es hier Krach gibt“, sagt Bohn. „Das sind doch fast immer die Paulinen“, kommentiert einer der Kumpels die Tatsache, dass immer wieder Flaschen an Hauswände geworfen werden und in Einfahrten uriniert wird.

Die Gruppen aus Bad Cannstatt und von der Paulinenbrücke rivalisieren miteinander

Die Paulinen, das sind die Obdachlosen von der Paulinenbrücke im Gebiet zwischen Stuttgart-Süd. Während die Szene in Bad Cannstatt vor allem trinkt, spielen unter der Paulinenbrücke überwiegend Substitutionsdrogen eine Rolle. Wer es sich leisten kann, liegt hier oft schon mittags zuge-dröhnt auf dem Rasen. Mit dem neuen Gerber-Einkaufszentrum dürfte sich die Szene woandershin verlagern.

„Die beiden Gruppen rivalisieren“, schildert Christoph Lackner die Situation zwischen den Obdachlosen in Bad Cannstatt und denen von der Paulinenbrücke. „Wenn dann Alkohol oder Drogen im Spiel sind, knallt es oft.“ Einmal pro Woche unge-fähr am Cannstatter Bahnhof. Dort gehen die Besucher mehr oder weniger geschlossen hin, wenn das Café 72 um 13 Uhr schließt und nicht gerade ein von der Sozialeinrichtung organisierter Ausflug ansteht. Hier verkaufen die meisten dann das, was nach dem Mittagessen von den zehn Euro übrig ist, die sie am Tag ungefähr zum Leben haben. Immer, wenn der Sommer kommt und damit auch die Obdachlosen in den öffentlichen Raum, jährt sich im Bezirksbeirat Bad Cannstatt die Diskussion des Sisyphus-Themas: Wie verhindert man, dass die Obdachlosen mit ihrer Anwesenheit das Stadtbild und den Einzelhandel beeinträchtigen?

Gerhard Veyhl ist Fraktionssprecher der Freien Wähler im Bezirksbeirat Bad Cannstatt. Er beobachtet einen gewissen Unmut seitens der Inhaber von Geschäften in Bahnhofsnähe. Vom Erfolg der Obdachloseneinrichtung Café 72 ist er nicht so recht überzeugt. „Die Anwohner beklagen, dass Obdachlose die Wäldinger Straße verdrängen.“ Die Kapazitäten des Cafés 72 hält er für erschöpft, ein Ausbau der Räumlichkeiten sei den Anwohnern nicht zumutbar. Einen konkreten Alternativvorschlag hat Veyhl nicht. Erfolg verspricht er sich davon, vor Ort kreativ zu werden. Veyhl will neue Konzentrationprozesse im öffentlichen Raum unbedingt verhindern. „Man könnte zum Beispiel an die Gaststätte Schwemme herantrifft, die von der Bahnsozialhilfe gerne besucht wird, und eine Aufwertung des Außenbereichs anbieten.“ Veyhl meint damit die Einseitigkeit in den Außenbereich mit Grün zu verdecken. Das Problem soll also nicht verlagert, sondern versteckt werden. Ebenso hält Veyhl für denkbar, im Gebäude neben dem Jugendhaus Das Cann eine Kombilösung in puncto Obdachloseneinrichtung zu finden. Momentan ist für die Räumlichkeiten aber eine Skizze fertig vorgezogen.

Volker Bohn und die Obdachlosen haben das nicht zu entscheiden. Für sie ist es wichtig, das Café 72 als lebenswerten Ort zu gestalten. Der Wunsch nach Glück und Anerkennung drückt sich in einem Wandgemälde von einem Obdachlosen aus: Ein Mann in einem Schlafsack träumt von einem Engel und zwei Kindern, die für ihn beten.

Hintergrund

Die fehlende Obdachlosenstatistik

- In Deutschland ist die Zahl der Obdachlosen in keiner Bundesstatistik erfasst. Die Schätzungen gehen weit auseinander. Der Armutsbericht der Bundesregierung geht von 330 000 Menschen ohne festen Wohnsitz aus. Die Wohlfahrtsverbände rechnen mit etwa 600 000 Obdachlosen in Deutschland, knapp halb so viele Aussiedler nicht eingerechnet. Andere Schätzungen liegen dazwischen. Weiter wird von 20 000 Menschen ausgegangen, die wirklich auf der Straße nächtigen. Aktuell steigt die Zahl der Obdachlosen in Deutschland.
- Die BAG Wohnungslosenhilfe hat erhoben, dass 64 Prozent der Obdachlosen Männer, 25 Prozent Frauen und 11 Prozent Kinder sind. Der häufigste Grund für Obdachlosigkeit ist Scheidung (37 Prozent), gefolgt von dem Auszug aus der elterlichen Wohnung (21 Prozent) und der Flucht vor sexueller Gewalt (10 Prozent). Der durchschnittliche Obdachlose ist etwa 40 Jahre alt. Geschätzt 50 Prozent sind psychisch krank oder haben schon mal unter einer Psychose gelitten.
- Obdachlose leben gefährlich. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei circa 45 Jahren. Die Zahl der jährlich durch Erfrieren verstorbenen Obdachlosen liegt heute bei 8 bis 15. Weitere ungefähr zehn Todesopfer pro Jahr fordert die Gewalt gegen Obdachlose. Die Täter sind meist jugendliche. (gma)